



LTW 2010 NRW - Programmentwurf

Piratenpartei NRW

Version vom 13.01.2010

Inhaltsverzeichnis

1	Bildungspolitik	2
2	Wirtschaft- und Finanzen	20
3	Medienpolitik	29
4	Innenpolitik	32
5	Umweltpolitik	38
6	Verbraucherpolitik	53
7	Drogenpolitik	59
8	Bürgerbeteiligung	63
9	Arbeit und Soziales	73
10	Gesundheitspolitik	75
11	Open Access	79
12	Kultur	81
13	Bauen und Verkehr	90

1 Bildungspolitik

1.1 Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Konflikte: -

1.2

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in eine global vernetzte Wissensgesellschaft ist Bildung die wichtigsten Ressource der deutschen Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen, also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau, zu bewältigen.

Konflikte: -

1.3 Wir wollen die Zahl der Hochschulabschlüsse vervielfachen

Die NRW-Piraten stellen die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Wir wollen die absolute Zahl der Hochschulabsolventen sichtbar erhöhen und gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse steigern. Aufgrund des demografischen Wandels sinkt die Zahl der schulpflichtigen Personen. Daher muss die Quote der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.

Konflikte: 1.4, 1.5

1.4 Wir wollen die Zahl der Hochschulabschlüsse vervielfachen

Die NRW-Piraten stellen die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Wir wollen die absolute Zahl der Hochschulabsolventen sichtbar erhöhen und

gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse steigern. Laut OECD betrug im Jahre 2007 die Quote der Hochschulabsolventen in einem Jahrgang 23 % (OECD-Durchschnitt 2007: 39 %). Für 2030 streben wir eine Quote von mindestens 60 % an. Aufgrund des demografischen Wandels sinkt die Zahl der schulpflichtigen Personen. Daher muss die Quote der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.

Konflikte: 1.3, 1.5

1.5

Dies soll dadurch erreicht werden, dass mehr Schüler zur Hochschulreife gebracht werden, und so mehr Abiturienten ein Hochschulstudium beginnen. Auch soll die Abbrecherquote massiv gesenkt werden. Darüber hinaus gilt es, die Qualität und Flexibilität beruflicher Ausbildungswege zu erhöhen und diese, wo immer es sinnvoll ist, zu einem Universitätsstudium auszubauen. Letzteres ist vor allem für die Berufe notwendig, in denen eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation immer wichtiger wird.

Konflikte: 1.3, 1.4

1.6 Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsbegriff

Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, ist nur mit mündigen, selbstbestimmten und aufgeklärten Bürgern möglich, die sich kritisch, lernfähig und solidarisch in die Willensbildung einbringen wollen. Die Piratenpartei bekennt sich deshalb zu einem umfassenden Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts. Wir sehen in einer besser gebildeten Bevölkerung einen Gewinn für eine demokratische und soziale Gesellschaft, der weit über quantifizierbare Effekte hinausgeht.

Konflikte: -

1.7

Die soziale und kulturelle Herkunft darf keinen Einfluss auf den individuellen Zugang zu Bildung haben

Konflikte: -

1.8

Die NRW-Piraten setzen dabei auf das Prinzip der Förderung des Einzelnen. Nur wenn jede Schülerin und jeder Schüler die richtige individuelle Förderung erhält, können sich

die Potenziale jedes Einzelnen entfalten.

Konflikte: -

1.9

Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Beibehaltung der bestehenden allgemeinen Schulpflicht aus. Die Teilnahme am Schulunterricht sichert, dass Kinder und Jugendliche die Grundlagen einer gleichberechtigten, demokratischen, pluralistischen Gesellschaft kennenlernen, und in Form von Mitschülern, Lehrern und sonstigen Betreuern Ansprechpartner für Fragestellungen und Probleme finden, die von den Lebensentwürfen der Eltern oder dem sozialen Umfeld abgelehnt oder tabuisiert würden. Im Rahmen des Schulbesuchs ist den Kindern und Jugendlichen transparent zu machen, wie sie ihren eigenen Bildungsweg gegebenenfalls auch unabhängig von den Elternwünschen gestalten können.

Konflikte: -

1.10

Zur besseren Integration von Zuwanderern soll ein interkulturelles Bildungsangebot geschaffen werden.

Konflikte: -

1.11

In allen Bildungsinstitutionen ist Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Konflikte: -

1.12

Die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Schulsystems in NRW ist zu verbessern.

Konflikte: -

1.13 Bildung ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag

Um diese Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten, die nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden dürfen, sondern einen gesamtgesellschaftliche Auftrag darstellen.

Konflikte: -

1.14

Der Staat hat den Auftrag, durch die Bereitstellung entsprechender räumlicher, personeller und finanzieller Ressourcen eine individuell auf jeden Einzelnen ausgerichtete Förderung zu gewährleisten.

Konflikte: -

1.15

Der Zugang zu Bildung ist auf allen Ebenen für den Einzelnen kostenfrei zu gewährleisten und damit vollständig durch die Gemeinschaft zu finanzieren.

Konflikte: -

1.16

Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu setzen. Der Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.

Konflikte: -

1.17 Selbstverwaltung der Schulen

Die NRW-Piraten lehnen von oben diktierte Reformen des Bildungswesens vehement ab. Selbst die besten Reformvorschläge scheitern, wenn sie nicht von allen Beteiligten mitgetragen werden.

Konflikte: -

1.18

Die NRW-Piraten setzen daher auf die Prinzipien Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Subsidiarität und Transparenz. Die Schulen sollen selbstverwaltete Einheiten werden, die auf demokratischem Wege über die Verwendung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen sowie ihre Methodik und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Die zu vermittelnden Grundkompetenzen sowie bestimmte Standards sind für alle Schulen verbindlich.

Eine Schule kann die Entlassung in die Selbstverwaltung bei der zuständigen Schulbehörde beantragen. Dem Antrag muss eine Gründungssatzung beigelegt werden, die von der Schulversammlung beschlossen sein muss.

Die Schulleitung wird auf der Schulversammlung von allen anwesenden Lehrern, Eltern und volljährigen Schülern für fünf Jahre gewählt bzw. nach Ablauf ihrer Amtszeit aufgrund ihres Rechenschaftsberichts entlastet.

Um die Selbstverwaltung im Schulsystem zu verwirklichen, setzen sich die NRW-Piraten dafür ein, Lehrkräfte ab sofort nicht mehr zu verbeamten.

Die Finanzierung der Schulen erfolgt auf Basis einer Kopfpauschale pro angemeldetem Schüler, wobei die Pauschale selbst sich nach dem Leistungsstand des Schülers beim Schuleintritt richtet. Für lernschwache Schüler erhält die Schule eine höhere Kopfpauschale, da der Aufwand zur Erzielung der gewünschten Ergebnisse entsprechend höher ist.

Die Erfolge der Schulen werden transparent kommuniziert, sodass Eltern und Schüler vor der Anmeldung ihre Schule beurteilen können. Ziel der Selbstverwaltung ist es, dass individuelle Schulkonzepte vor Ort von den Betroffenen selbst entwickelt und umgesetzt werden. In der Summe entstehen so mehrere parallel auswertbare Lösungswege. Außerdem wird Bürokratie abgebaut.

Konflikte: -

1.19 Frühkindliche Bildung

Der frühkindlichen Bildung kommt bei der Verwirklichung unserer Ziele eine zentrale Bedeutung zu. Es ist ihre Aufgabe, die bestehenden Unterschiede in den persönlichen Kompetenzen der Kinder so weit auszugleichen, dass möglichst alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

Konflikte: -

1.20

Die NRW-Piraten fordern deshalb das Angebot einer kostenlosen Ganztagsbetreuung in ortsnahen Kindertagesstätten mit flexiblen Öffnungszeiten für Kinder ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle Eltern, deren Kinder im vierten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte angemeldet sind, nachhaltig über die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Informationen aufzuklären.

Konflikte: 1.21

1.21

Die NRW-Piraten fordern deshalb das Angebot einer kostenlosen Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle Eltern, deren Kinder bis zum vierten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte angemeldet sind, nachhaltig über die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Informationen aufzuklären. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr

wenigstens halbtags eine Kindertagesstätte besucht. In den Kommunen sind Strategien zu erarbeiten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Konflikte: 1.20

1.22

Die Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die (auch zu Teilen) öffentlich finanziert werden, nicht zulässig.

Der Besuch von Kindertagesstätten sowie die Verpflegung in Kindertagesstätten sind kostenlos. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleich zu stellen.

Konflikte: -

1.23

Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten nicht bereitstellen können, werden vom Land finanziell unterstützt. Die Landesmittel sind entsprechend aufzustocken.

Konflikte: -

1.24

Alle Kinder werden im Alter von vier Jahren durch entsprechend geschultes Personal in ihrer sprachlichen und motorischen Entwicklung bewertet, um Defizite aufzudecken. Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kindertagesstätte eine intensive sprachlich-motorische Förderung, deren Ziel es ist, die Defizite bis zum sechsten Lebensjahr auszugleichen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei aktiv gefördert werden.

Konflikte: -

1.25

Die fachliche Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher soll verbessert werden, indem die Ausbildung zukünftig in einem pädagogischen Hochschulstudium absolviert wird.

Konflikte: -

1.26 Schule

Für jeden Schüler ist eine Ganztagsbetreuung mit Mittagessen und individuellen Lerngruppen oder einer Hausaufgabenhilfe am Nachmittag vorzusehen. Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass die schulische Ganztagsbetreuung von Kindern nicht die Familien in der Gestaltung ihrer Lebensentwürfe und Freizeit unangemessen einschränkt. Ein Ganztagsangebot soll als echtes Angebot sein, sodass Familien Raum für Familienleben, Vereine, Hobbies, Hausaufgaben im Familienkreis oder einfach unverplante Kinderfreizeit bleibt.

Konflikte: -

1.27

Die Lehrer sind in ihrer Arbeit durch nicht lehrendes Personal (Assistenten, Psychologen und Sozialpädagogen) soweit zu unterstützen, dass sie sich auf die Vermittlung des Unterrichtsstoffes konzentrieren können.

Konflikte: -

1.28

Im Sinne der Menschenrechte und einer Kultur des sozialen Miteinanders muss das Ziel einer jeden Schulpädagogik sein, Ausgrenzungen und Separationen weitestgehend zu vermeiden. Daher streben die NRW-Piraten einen kontinuierlichen Rückbau der Förderschulen in NRW und die weitestgehende Einbindung der Schülerinnen und Schüler mit speziellen Förderbedürfnissen in die allgemeinbildenden Schulen nach den Prinzipien der Inklusion und der Inklusionspädagogik an. Bestehende bauliche Barrieren in Grundschulen und weiterführenden Schulen werden zügig beseitigt.

Konflikte: -

1.29 Primarstufe

Die vierjährige Primarstufe soll in Zukunft wesentlich mehr Kinder auf einen schulischen Bildungsweg vorbereiten, der mit dem Abitur abgeschlossen wird. Sie hat daher die Aufgabe, wesentlich mehr Kinder mit den dafür notwendigen Grundkompetenzen auszustatten. Dies kann nur durch eine individuelle Förderung der Schüler geschehen, deren Ziel es ist, insbesondere die herkunftsbedingten Leistungsunterschiede auszugleichen.

Konflikte: -

1.30

Um diese individuelle Förderung zu gewährleisten, darf die Klassengröße 15 Schüler nicht überschreiten.

Konflikte: -

1.31 Eingliedriges Schulsystem

Die TIMSS-Studie, DESI-Studie und die PISA-Studien stellten für die Sekundarstufe I in Deutschland fest, dass sich die mathematischen und die literarischen Kompetenzen zwischen Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten zu einem großen Prozentsatz überschneiden. Das bedeutet, dass es in allen Schulformen sehr gute, mittlere und schwache Schüler gibt - nur eben in den Prozentanteilen unterschiedlich. Hieraus schließt die UNICEF-Studie "Disadvantages In Rich Nations", dass die Kinder in Deutschland zu früh und falsch sortiert werden. Die Studie fasste die Situation in Deutschland unter dem Titel: "Germany: Children Sorted For A Life"(Deutschland: Kinder für ihr ganzes Leben einsortiert) zusammen, um zu verdeutlichen, dass diese frühe Einsortierung kaum rückgängig zu machen ist. Die PISA-Sonderstudie zu Erfolgchancen von Migrantenkindern kritisiert ebenfalls das deutsche Bildungssystem. Migrantenkinder der zweiten Generation, also Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland geboren sind, aber ausländische Eltern haben, erbringen noch schlechtere Leistungen als Migrantenkinder der ersten Generation; 40% von ihnen erreichen nicht die Kompetenzstufe 2.

Konflikte: -

1.32

Da sich die eingliedrigen Schulsysteme der PISA-Spitzenreiter Finnland und Kanada in der Vergangenheit als leistungsfähiger erwiesen haben und wir das Ziel verfolgen, die Zahl der Abiturienten pro Jahrgang zu vervielfachen, schlagen die NRW-Piraten ein eingliedriges Schulsystem vor, dessen vorrangiges Ziel es ist, möglichst viele Schüler zur Hochschulreife zu führen. Das bisherige viergliedrige System, bestehend aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule selektiert zu früh und fördert zu wenig. Alle Schüler sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, ohne Schulwechsel das Abitur anzusteuern. Ein derartig tiefer Eingriff in die Schulrealität kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Die NRW-Piraten wollen daher die schrittweise Umsetzung unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Konflikte: 1.33, 1.46

1.33

Die NRW-Piraten fordern eine Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen. In städtischen Ballungsgebieten sind viele Hauptschulen, trotz hoch motiviertem Einsatzes von Schulleitungen und Lehrkräften, zu reinen "Restschulen" verkommen. Darüber hinaus bieten Haupt- und Realschulen mit der Fachoberschulreife vielfach einen identischen Abschluss an.

Konflikte: 1.32

1.34 Fließende Schullaufbahn

Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen und fließend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunftsbedingten Leistungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler geben. Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die NRW-Piraten schlagen deshalb eine Schule der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu werden die Klassenverbände nach einer zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines flexiblen Kurssystems aufgelöst.

Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem. Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die Wiederholung der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern können Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die Sekundarstufe II erfolgt fließend, sobald die entsprechende Zahl von Kursen der Sekundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit wird auch die Problematik von G9 und G8 vermieden. Wenn mehrere Kurse derselben Leistungsstufe angeboten werden und der Schüler den Kurs und damit auch den Lehrer frei wählen kann, werden überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen, dass die Schüler keinen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.

Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen ohne eine besondere weitere Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden. Ein Curriculum mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert gleichzeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals an alle Schülern vermittelt werden.

Konflikte: 1.35, 1.36

1.35

Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen und fließend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunftsbedingten Leistungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler geben. Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die NRW-Piraten schlagen deshalb eine Schule der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu werden die Klassenverbände nach einer zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines flexiblen Kurssystems aufgelöst.

Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem. Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die Wiederholung der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern können Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die Sekundarstufe II erfolgt fließend, sobald die entsprechende Zahl von Kursen der Sekundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit wird auch die Problematik von G9 und G8 vermieden. Wenn mehrere Kurse derselben Leistungsstufe angeboten werden und der Schüler den Kurs und damit auch den Lehrer frei wählen kann, werden überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen, dass die Schüler keinen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.

Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen mit einer besonderen weiteren Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden. Ein Curriculum mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert gleichzeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals an alle Schülern vermittelt werden.

Konflikte: 1.34, 1.36

1.36

Die NRW-Piraten sehen die Auflösung von Klassenverbänden und damit die Auflösung eines Zwangsverbandes als förderlich für die persönliche Entwicklung an. Trotzdem sind sie sich bewusst, dass die sozialen Kompetenzen der Schüler auch durch den Aufbau einer gemeinsamen Schulkultur gefördert und einer sozialen Vereinsamung des Einzelnen durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden sollte.

Konflikte: 1.34, 1.35, 1.37

1.37

Der Aufbau einer gemeinsamen Schulkultur soll gefördert werden. So, dass die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden.

Konflikte: 1.36

1.38 Individuelle Förderung

Durch den Aufbau eines schulinternen Fördersystem sollen Schüler, deren Leistung nicht befriedigend ist, individuell unterstützt werden. Die dafür zusätzlich benötigten Lehrkräfte sind sofort einzustellen.

Konflikte: -

1.39

Die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch nicht-lehrendes Personal ist eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der individuellen Förderung.

Konflikte: -

1.40

Um einen Unterricht zu gewährleisten, der allen Schülern gerecht wird, darf die Klassen- bzw. Kursgröße in den Sekundarstufen I und II maximal 15 Schüler betragen. Dort wo es pädagogisch notwendig ist, wie in speziellen Fördergruppen, muss diese Zahl entsprechend niedriger sein.

Konflikte: -

1.41 Benotung und Bewertungskriterien

Die Aussagekraft einer Note außerhalb der Rahmenbedingungen, in der sie erhoben wurde, ist sehr gering. Eine Bewertung der Leistung kann nur als Orientierungshilfe für Schüler, Eltern und Lehrer innerhalb der Schullaufbahn dienen. Um diesen Zweck zu erfüllen, sollte die Bewertung von Schüler differenzierter als durch Noten erfolgen. Dazu gibt es zahlreiche Ansätze, die in der täglichen Praxis stärker umgesetzt werden müssen. Insbesondere in einem künftigen Kurssystem sind detailliert aufgeschlüsselte fachliche Bewertungen wünschenswert, um darauf aufbauend gezielt die weitere Kurswahl vorzunehmen.

Konflikte: -

1.42

Die aktuelle Praxis, Abschlusszeugnisse, die Arbeitgebern oder weiterführenden Bildungsinstituten vorgelegt werden müssen, mit Noten zu versehen, widerspricht dem Prinzip der informationellen Selbstbestimmung. Abschlusszeugnisse sollten daher lediglich die Erlangung des entsprechenden Abschlusses zertifizieren.

Konflikte: -

1.43

Die Piraten lehnen Kopfnote grundsätzlich ab.

Konflikte: -

1.44 Digitale Medien

Die Nutzung digitaler Medien und des Internets innerhalb der Schule soll verstärkt werden. Jeder Schülerin und jedem Schüler sowie jeder Lehrkraft ist dazu ein Notebook mit Netzanschluss zur Verfügung zu stellen. Die Notebooks sind durchgehend mit Open-Source-Software zu bestücken.

Konflikte: -

1.45

Unterrichtsmaterial für Lehrer und Schüler sollte unter einer freien Lizenz zugänglich gemacht werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Erarbeitung von eigenen Unterrichtsmaterialien. Die Erstellung und Freigabe qualitativ hochwertiger Materialien durch Lehrer und Fachbuchautoren wird durch das Land entsprechend vergütet.

Konflikte: -

1.46 Bildungsreform

Die NRW-Piraten sind sich bewusst, dass die Einführung eines eingliedrigen, kursbasierten Schulsystems nicht von oben herab, sondern nur auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsens erfolgreich eingeführt werden kann.

Konflikte: -

1.47 Hochschule

Wie in der Präambel dargelegt, lässt sich der Wandel unserer Gesellschaft in eine Informations- & Wissensgesellschaft nicht aufhalten. Von daher sehen die NRW-Piraten die Gesellschaft in der Pflicht, dass jedem Menschen und Bürger die Chancen auf eine Hochschulbildung offen stehen.

Konflikte: -

1.48

Studiengebühren führen, neben vielen anderen Faktoren, dazu, dass viele junge Menschen von einer Laufbahn an den Hochschulen absehen. Dies stellt nicht nur eine Einschränkung des Menschenrechts auf Bildung dar, sondern ist auch im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands unverantwortlich und führt zu einer finanziellen und sozialen Selektion der Studienwilligen. Daher fordern wir den freien Zugang zum Hochschulstudium und die Abschaffung der zurzeit in Nordrhein-Westfalen erhobenen Studiengebühren. Die Bildung und Ausbildung von Studenten ist Aufgabe der Gemeinschaft, da diese von gut ausgebildeten Akademikern profitiert. Daher ist auch die Finanzierung dieser Ausbildung von der Allgemeinheit zu tragen.

Konflikte: -

1.49

Durch den Bologna-Prozess wurde die Studienzeit der meisten Studiengänge drastisch verkürzt, ohne dass dabei auch der zu vermittelnde Stoff verringert wurde. Diese Stoffverdichtung führt zu einer deutlich höheren Arbeitsbelastung der Studierenden, weshalb es mit den Bachelor- und Master-Studiengängen kaum noch möglich ist, neben dem Studium zu arbeiten und dieses so zu finanzieren.

Daher rückt das Bafög deutlich stärker in den Mittelpunkt der Studienfinanzierung. Der BAföG-Höchstsatz von 584 EUR ist jedoch keineswegs ausreichend, um den Bedarf eines Studenten wirklich decken zu können. Auch die Anforderungen, um Bafög zu beziehen, sind zu hoch.

Die NRW-Piraten fordern folglich das Bafög auf einen Satz anzuheben, welcher jedem Studenten ein vernünftiges Leben, ohne den Zwang zu einem Nebenverdienst, ermöglicht. Weiterhin fordern wir, das Bafög elternunabhängig zu gestalten. Die aktuelle Situation führt oftmals dazu, dass Kinder im Zweifel ihre Eltern auf Zahlung von Unterhalt verklagen müssten. Das ist offensichtlich nicht praktikabel. Jeder Student sollte unabhängig vom Einkommen der Eltern sein Bafög beziehen können.

Konflikte: -

1.50

Der Bologna-Prozess, der in der Erklärung von Bologna seinen Anfang nahm, hatte eigentlich nur ein Ziel: Die Internationalisierung und Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse herzustellen. In jedem unterzeichnenden Land sollte so klar sein, was ein Studierender studiert hat und was er innerhalb dieses Studiums geleistet hat.

Heute wird der Bologna-Prozess jedoch mit Anwesenheitspflicht in Vorlesungen, Überlastung der Studenten und hohen Abbrecherquoten gleich gesetzt. Die Universitäten scheinen mit der Reform vollkommen überfordert zu sein. Aus diesem Grund fordern die NRW-Piraten, dass die Universitäten sich auf die Kernaufgabe des Bologna-Prozesses konzentrieren.

Bildung soll mehr als eine reine Ausbildung sein. Die absolute Verschulung der Studiengänge ist grundsätzlich abzulehnen. Es soll jedem Studenten wieder ermöglicht werden, ein Studium Generale durchzuführen. Wir werden die Universitäten wieder selbst festlegen lassen, wie lange ein Bachelor-Studium dauern soll. Außerdem setzen die NRW-Piraten sich dafür ein, dass jeder Student nach qualifiziertem Abschluss seines Bachelors ein Anrecht auf einen Masterplatz hat.

Konflikte: -

1.51

Hochschulen sollen Körperschaften des öffentlichen Rechts sein, die sich selbst demokratisch verwalten. Die Hochschulen haben jedoch seit einiger Zeit kaum noch Einfluss auf ihre eigene Entwicklung.

Stattdessen entscheidet der Hochschulrat über die Belange der Universität. Nach aktueller Gesetzeslage soll sich der Hochschulrat zu mindestens 50% aus Externen und maximal zu 50% aus Hochschulmitgliedern zusammensetzen. Es ist aber auch möglich, den Hochschulrat komplett aus Externen zu bilden. In diesem Fall entscheiden häufig allein Führungskräfte der Wirtschaft über die Belange einer Universität. Für Studierende, immerhin die mit Abstand größte Gruppe an der Universität, ist dagegen keine Mitwirkungsmöglichkeit vorgesehen.

Der Hochschulrat wählt unter anderem das Präsidium der Universität und kann so an den Entwicklungs- und Wirtschaftsplänen der Universität im eigenen Interesse mitbestimmen. Die NRW-Piraten streben die sofortige Abschaffung dieses undemokratischen Gremiums an, um die demokratischen Strukturen innerhalb der Universität wieder herzustellen. Weiterhin setzen wir uns für eine Änderung der Zusammensetzung der Senate der Universitäten ein. Aktuell stellen die Professoren an den meisten Universitäten mindestens 50% der stimmberechtigten Mitglieder des Senats. Die Studenten und die Mitarbeiter der Universität sind zumeist deutlich in der Minderheit. Ziel ist die Gleichberechtigung von Mitarbeitern, Studenten und Professoren. Jede der Gruppen sollte 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder stellen dürfen, wobei die wissenschaftlichen und

nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter jeweils zur Hälfte vertreten sein sollten.

Konflikte: -

1.52

In einigen Bundesländern mit CDU-Regierungen wurden die verfassten Studierendenschaften stark eingeschränkt oder sogar komplett abgeschafft. Diesem Trend stellen sich die NRW-Piraten entschieden entgegen. Die verfasste Studierendenschaft ist als Interessenvertretung der Studenten unverzichtbar. Sie versetzt zudem die heranwachsenden Bürger unseres Landes in die Lage Demokratie zu erlernen, zu gestalten und aktiv zu erleben. Wir setzen uns deshalb für eine Erhaltung dieser demokratischen Strukturen ein.

Konflikte: -

1.53 Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung ist ein weites Feld. Es reicht von Alphabetisierungskursen und Sprachkursen im Rahmen der Integration von Zuwanderern über die betriebliche Fortbildung und privatwirtschaftlichen Qualifizierungen bis hin zu einem Zweit- oder Drittstudium an Universitäten.

Die Landesregierung sollte den Aufbau von frei zugänglichem Lehr- und Unterrichtsmaterialien in diesen Bereichen finanziell fördern, um den Zugang zu Bildung zu vereinfachen.

Dem lebenslangen und berufsbegleitenden Lernen fällt eine zunehmend wichtige Rolle in Gesellschaft und Wirtschaft zu, um die Wettbewerbsfähigkeit, Kreativität und Innovationskraft unserer Volkswirtschaft zu erhalten und auszubauen. Hierzu ist es vonnöten, geeignete Maßnahmen zum schnelleren Wissenstransfer aus den Hochschulen in die berufliche Praxis festzulegen und umzusetzen. Die Piratenpartei regt daher an, parallel zu den existierenden privatwirtschaftlich geführten Bildungsunternehmen und Initiativen das System der Volkshochschulen durch den Ausbau zertifizierter Fortbildungsmöglichkeiten zu stärken. Dazu sollen die Volkshochschulen noch effizienter als bisher in unsere Bildungslandschaft integriert werden durch die Einführung von Summerschools, Kursen und Curricula in Kooperation mit den Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten. Hierzu unerlässlich ist die Bereitstellung von Online-Werkzeugen, die ein orts- und zeitunabhängiges Lernen fördern und ermöglichen. Angeregt wird daher die staatlich finanzierte, bzw. staatlich geförderte Bereitstellung von Lernplattformen zum Blended Learning als flankierende Maßnahme.

Konflikte: -

1.54 Finanzierung

Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch eine Umschichtung der Landesmittel allein nicht finanziert werden. Schon die Reduzierung der Klassen- und Kursgrößen auf 15 Schüler innerhalb der nächsten zehn Jahren ist – auch bei zukünftig sinkenden Schülerzahlen – nur möglich, wenn die Zahl der Lehrkräfte und damit die Personalausgaben verdoppelt werden. Die NRW-Piraten gehen davon aus, dass zur Realisierung der Aufgaben der Bildungshaushalt innerhalb von zehn Jahren vervielfacht werden muss. Dies entspricht einer jährlichen Erhöhung der Bildungsausgaben um rund 8 Prozent. Um dies zu realisieren, muss gemeinsam mit dem Bund ein neuer Finanzierungsmodus vereinbart werden.

Konflikte: -

1.55

Durch die Verbesserung der Bildung wird die Grundlage für ein wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft und damit für steigende Steuereinnahmen gelegt. Nachhaltig Folgekosten in den sozialen Sicherungssystemen können eingespart werden. Die NRW-Piraten gehen davon aus, dass die Erhöhung der Bildungsausgaben kurzfristig durch Einsparung von Subventionen und mittelfristig durch Einsparungen bei den Sozialausgaben und Steuermehreinnahmen gegenfinanziert werden können.

Konflikte: -

1.56

Da die Bildungshoheit der Bundesländer spätestens bei Einführung der schulischen Selbstverwaltung, wie sie von den NRW-Piraten gefordert wird, im Grunde obsolet wird, sollte die Bildung im Rahmen einer Grundgesetzänderung langfristig zur Aufgabe des Bundes erklärt werden.

Konflikte: -

1.57 Lernfelder

Die NRW-Piraten stehen ein für den individuellen & mündigen Schüler, den handlungsorientierten Unterricht und der Autonomie der Schulen. Wir sind gegen eine reine Wissensvermittlung und für Kompetenzschulung. Wir wollen nicht den Fächerkanon vorgeben, sehen aber in einigen Lernfeldern einen akuten Handlungsbedarf.

Konflikte: -

1.58 Verbraucherbildung

Der zunehmenden Komplexität des Produkt- und Dienstleistungsangebots sollte eine gestärkte Verbraucherkompetenz gegenüber stehen; bezüglich Aufklärung, Sensibilisierung und Wissensvermittlung besteht ein dringender Handlungsbedarf. Diese Förderung der Alltagskompetenz, speziell von Kindern und Jugendlichen, werden wir auch in einer koordinierten Bund-Länder-Initiative forcieren. Die NRW-Piraten sprechen sich aus für eine praxisnahe Unterrichtung von Verbraucherthemen in allen Schulstufen und Schularten sowie in der vorschulischen Bildung. Es soll zum mündigen Bürger erzogen werden, welcher eine maximale Urteilsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit hat. Grundvoraussetzung dafür ist eine verbindliche fachliche und didaktische Weiterbildung für Lehrkräfte.

Konflikte: -

1.59 Gesundheitserziehung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Themen "Gesundheit", Ernährung und "Bewegung unter aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und in ausreichenden Maß an Schulen gelernt werden. Der Sportunterricht soll sich stärker am Gedanken einer Fitness-Orientierung ausrichten, Weg vom Leistungssport, hin zu "Spaß an Bewegung". Der momentane Sportunterricht baut darauf auf, möglichst viel Leistung von Schülern zu fordern. Wer unsportlich ist, darf hierbei weder überfordert, noch benachteiligt werden. Aus diesem Grund soll die Benotung des Sportunterrichts wegfallen. Das Prinzip Lernen durch praktisches Handeln ist zur durchgängigen Methode zu erklären. Unterrichtseinheiten wie Suchtprävention, Ernährungslehre, Lebensmittellehre, Ernährung beim Sport, Zahnschutz & Zahnernährung, Körper- & Gerätehygiene, Haltung, Anspannung- & Entspannungsübungen werden dem gerecht.

Konflikte: -

1.60 Medienkompetenz

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Schüler ein Mindestmaß der Fähigkeiten der Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung erwerben. Bei Bedarf kann ein neues Schulfach "Medien und Kommunikation", welches ein Medium als Kommunikationsmittel beliebiger Art zwischen Sender und Empfänger versteht, dem entgegenkommen. Zudem treten wir für eine verpflichtende interdisziplinäre Zusatzqualifikation Medienpädagogik in der universitären Lehramtsausbildung ein. Medien sind dabei als Hilfsmittel im Lehr- und Lernprozess, als Werkzeug in der Medienproduktion und Thema in der unterrichtlichen Reflexion zu betrachten.

Konflikte: -

1.61 Bildungsstandards Informatik

Das Schulfach Informatik soll im Kanon allgemeinbildener Fächer stehen und eine zeitgemäße und fachlich substantielle informatische Bildung muss gefördert werden. Aktuell wird an vielen Schulen Informatik erst gar nicht angeboten oder der Unterrichtsinhalt beschränkt sich auf die Benutzung von produktspezifischer Anwendungssoftware. Das Bildungswesen muss dem Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft Rechnung tragen. Wir unterstützen die "Bildungsstandards Informatik in der Sekundarstufe I" der "Gesellschaft für Informatik e.V.". Die Lehreraus-, Lehrerfort- und -weiterbildung muss entsprechend ausgebaut werden. Wir werden des Weiteren umsetzen:

Konflikte: -

1.62

In der Sekundarstufe I wird Informatik als Pflichtfach mit durchschnittlich einer Wochenstunde pro Schuljahr in allen Schulformen eingerichtet.

Konflikte: -

1.63

An allgemeinbildenden Schulen ist mindestens ein Drittel der Unterrichtsstunden für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik vorzusehen.

Konflikte: -

1.64

In der gymnasialen Oberstufe sind die Fächer Biologie, Chemie, Informatik und Physik gleichwertig anzubieten und mindestens zwei dieser vier Fächer bis zum Abitur zu belegen.

Konflikte: -

1.65

Informatik ist in der Abiturprüfung gleichwertig zu den Naturwissenschaften.

Konflikte: -

2 Wirtschaft- und Finanzen

8.1 NRW-Piraten wollen den Ausstieg des Landes aus der WestLB

Seit vielen Jahren sorgt die WestLB für eine Kette von immer neuen Skandalen. Für die finanziellen Folgen hatten die Steuerzahler und Bürger zu haften. Die NRW-Piraten befürchten, dass die bisher zutage getretenen Bilanzlöcher in Milliardenhöhe nur die Spitze des Eisbergs darstellen und das Land NRW und damit seine Bürger für weitere Verluste der WestLB haften müssen.

Die NRW-Piraten setzen sich daher dafür ein, dass die Bürger über die tatsächliche wirtschaftliche Lage der WestLB transparent informiert werden. Dazu muss eine unabhängige Sonderprüfung durch ein Team von Wirtschaftsprüfern und Finanzexperten erfolgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass in die Affäre verwickelte Politiker keinen Einfluss auf diese Sonderprüfung nehmen können. Außerdem wollen die NRW-Piraten aufklären, wie es möglich war, dass Verantwortliche bei der WestLB jahrelang unter dem Schutz der Politik zum Schaden des Steuerzahlers agieren konnten. Die Bürger des Landes NRW haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wer für das Versagen der Aufsichtsgremien verantwortlich ist. Nach Ansicht der NRW-Piraten ist entscheidend, wie der EU-Beschluss umgesetzt wird, an den die Eigentümer der WestLB gebunden sind. Dieser sieht zwei Alternativen zum Ausstieg der jetzigen Eigentümer bis Ende 2011 vor: einen Verkauf oder eine Fusion der WestLB mit einem anderen Institut. Letzteres würde die Gefahr von teuren Skandalen wie bei der WestLB lediglich auf eine andere Ebene verlagern. Die NRW-Piraten fordern daher den Verkauf, um die Beteiligung des Landes NRW an der WestLB zu beenden. So kann sichergestellt werden, dass die Bürger nicht länger in Haftung genommen werden.

Konflikte: -

8.2 Bürokratie-Abbau für Unternehmen

Seit Jahren nimmt die Kontrolle und Regulierung durch deutschen Behörden immer weiter zu. Die Liste der Missstände ist lang: Sie beginnt mit der Zwangsmitgliedschaft in der IHK für jeden Firmengründer, reicht über zeitraubende Ämter-Gänge für banale Anträge und die aufwändigen Formalien, um einen zusätzlichen Mitarbeiter einstellen zu dürfen, bis hin zur Künstlersozialkassel, die für viele Selbständige eine teilweise existenziell bedrohlichen Belastung darstellt. Die NRW-Piraten wollen daher den Bürokratieabbau in die Tat umsetzen, der von den regierenden Parteien bisher stets wortreich angekündigt, aber nie ernsthaft angegangen wurde. Hierzu schlagen sie eine Reihe konkreter Maßnahmen vor.

Konflikte: -

8.3 Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK

Die Zwangsmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer (IHK) für jeden Firmengründer ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie. Die meisten Unternehmer haben kein Interesse an deren Leistungen und kennen diese oftmals nicht einmal. Trotzdem ist jeder Gewerbetreibende und jeder Gründer einer Firma ab dem ersten Tag zur Beitragszahlung verpflichtet. Zwar kostet die Zwangsmitgliedschaft in der IHK nicht viel, dieser Beitrag ist jedoch nach Ansicht vieler Unternehmer der sinnloseste Beitrag für die Verwaltung. Die NRW-Piraten fordern daher, die Zwangsmitgliedschaft in der IHK abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen.

Konflikte: -

8.9 Ämter-Vernetzung

Eine pragmatische vorläufige Lösung stellt dabei die konsequente Vernetzung von Ämtern dar. Ein Unternehmer braucht nicht mit Ämtergängen behelligt werden, wenn die Daten ohnehin in öffentlichen Registern verfügbar sind. Für alle Anträge soll Unternehmern ein Sammel-Formular online bereitgestellt oder zugeschickt werden. Auf diesem können sie mit einer einzigen Unterschrift einem Amt die Erlaubnis einräumen, bei anderen Ämtern notwendige Daten abzufragen. Auf diese Weise wird der bürokratische Aufwand von den Ämtern erledigt. Letztlich muss der Unternehmer entscheiden, ob die Behörde diesen Service anwenden darf oder nicht. Er muss Herr über sein Daten bleiben und auch die Möglichkeit haben, Behördengänge selber zu erledigen.

Konflikte: -

8.10 Ein Ansprechpartner bei Behörden

Jede natürliche oder juristische Person bekommt einen einzigen Behördenkontakt, d.h. einen festen Ansprechpartner oder ein kleines Team von Ansprechpartnern, die für jegliche Kontakte und Aufgaben in Verbindung mit dem Staat zuständig sind. Wenn der Staat komplexe Regelwerke schafft, muss dieser Ansprechpartner diese Regelwerke zugänglich machen. Er nimmt Anträge entgegen und kümmert sich um die Abarbeitung. In der Konsequenz ist hierdurch sichergestellt, dass der Einzelne nicht mit vielen Behörden in Kontakt stehen muss. So könnten die Ansprechpartner außerdem die Komplexität staatlicher Prozesse erkennen und aktiv durch sinnvolle Vorschläge am Bürokratieabbau teilnehmen.

Konflikte: -

8.4 Weitere Maßnahmen

Vereinfachung von Bauordnungsverfahren für Bauvorhaben: Dies senkt die Kosten der öffentlichen Hand und beschleunigt Investitionen, die die Wirtschaft dringend braucht.

Konflikte: -

8.7

Abschaffung von bürokratischen Beschränkungen für Gewerbetreibende: So ist beispielsweise Betriebe in Gewerbegebieten der Verkauf als „Lagerverkauf“ erlaubt, als „Einzelhandel“ jedoch verboten.

Konflikte: -

8.8

Vereinfachung der Anmeldung eines Mitarbeiters: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze muss von den Behörden gefördert und nicht behindert werden.

Konflikte: -

8.11 Strategische Ausrichtung statt Adhoc-Politi

Es ist speziell in der Wirtschaftspolitik eine der verheerendsten Grundtendenzen überhaupt, dass die Regierung ihre Entscheidungen immer häufiger auf kurzfristige Aspekte richtet. Da langfristig“ für Politiker jedoch bedeutet, auf den Termin der nächsten Wahl zu schießen, droht das Land NRW entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft zu versäumen. Die NRW-Piraten setzen sich daher für ein Umdenken von einer re-aktiven Wirtschaftspolitik zu einer strategischen pro-aktiven Steuerung des Landes in die Zukunft ein.

Konflikte: -

8.12 Ausstieg aus Cross Border Leasing und Verbot von ähnlichen Konzepten

Cross Border Leasing, kurz: CBL, bedeutet vereinfacht, dass Unterschiede in den Steuersystemen unterschiedlicher Staaten ausgenutzt werden. Deutsche Kommunen können so kurzfristige finanzielle Vorteile auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers erlangen. Hierbei bestehen neben der moralischen Fragwürdigkeit eines solchen staatlich ausgenutzten Steuersparmodells diverse Probleme aus Sicht der Bürger.

CBL-Geschäfte sind hochkomplex und überfordern daher oftmals die beteiligten Kämmerer bzw. Finanzpolitiker. Die Risiken aus diesen Geschäften liegen außerdem beim deutschen Steuerzahler. Aufgrund ihrer Komplexität und der teilweise nicht-öffentlichen Verträge sind CBL-Geschäfte jedoch kaum von den Bürgern zu überblicken.

Der US-Kongress hat CBL-Geschäfte im Jahr 2008 verboten. Dennoch stehen diverse offene Fragen im Raum. So sind die mit den Fragen des Cross Border Leasing zusammenhängenden strafrechtlichen Fragen derzeit Gegenstand einer intensiven juristischen Diskussion. Insbesondere wird untersucht, ob sich die verschiedenen staatlichen und kommunalen Entscheidungsträger, die die Verantwortung für die geschlossenen Verträge tragen, wegen Untreue strafbar gemacht haben können.

Die NRW-Piraten fordern daher, intensive Ermittlungen aufzunehmen, ob die handelnden Personen allein die Interessen des Allgemeinwohls verfolgt haben, oder ob der Straftatbestand der Untreue erfüllt ist. Sollte dies der Fall sein, sind die zugrunde liegenden Verträge anzufechten.

Ferner wollen sich die NRW-Piraten intensiv dafür einsetzen, Ausstiegsoptionen aus den bestehenden Verträgen mit Nachdruck zu prüfen. Hierbei sollte ein Fachbeirat den Kommunen und Städten zur Verfügung stehen. Unter dem Eindruck der Finanzkrise wurde das Konzept des CBL beendet. Die NRW-Piraten sehen aber die Gefahr, dass ähnliche, modifizierte Modelle in wirtschaftlich besseren Zeiten erneut auf der Agenda der internationalen Finanzwirtschaft landen. Wir wollen daher erreichen, dass Finanzierungsmodelle in Zukunft kritischer geprüft werden und Modelle, die ähnliche Risiken aufweisen, gar nicht erst zugelassen werden.

Konflikte: -

8.13 Die Bürger-AG

Die Kommunen von NRW sind hoch verschuldet. Es ist absehbar, dass in der nächsten Legislaturperiode erhebliche Finanzierungsprobleme auf kommunaler und teilweise auch auf Landesebene auftreten werden. Die wahrscheinliche Reaktion der Politik wird darin bestehen, die bestehenden öffentlichen Unternehmen zu privatisieren.

In den letzten Jahren ist in einigen Kommunen das Konzept des Cross Border Leasings aufgegriffen worden. Hierbei wird wertvoller öffentlicher Besitz, z.B. zentrale Infrastrukturen wie das Kanal-, das Wasser- oder das Gasnetz an eine ausländische Gesellschaft verkauft und anschließend zurück gemietet.

Auch wenn das Cross Border Leasing in seiner zuletzt praktizierten Form aufgrund einer Änderung der US-amerikanischen Gesetzgebung mittlerweile nicht mehr durchgeführt wird, ist es offensichtlich, dass vergleichbare Modelle einen großen Reiz auf klamme Kämmerer ausüben werden. Ausländische Großkonzerne haben bereits angekündigt, zukünftig in Deutschland in Infrastrukturen investieren zu wollen. Ein Beispiel ist der russische Energiekonzern Gasprom, der Interesse an deutschen Gasversorgern und Städtetzen angemeldet hat.

Die NRW-Piraten fordern daher, eine verpflichtende Regelung zu schaffen, nach der die Privatisierung von immobilien Infrastrukturen primär in Form so genannter Bürger-

AGs gestattet ist. Eine Bürger-AG ist hierbei eine Gesellschaft, die sich in der Hand der Bürger des Landes befindet.

Analog zum VW-Gesetz kann ein Gesetz geschaffen werden, welches die Beteiligung eines Einzelaktionärs an einer solchen Bürger-AG auf maximal 1% begrenzt. Im Unterschied zum VW-Gesetz würde eine solche Regelung nicht gegen EU-Richtlinien verstoßen und würde den Wettbewerb nicht beschränken. Durch die bevorzugte Ausgabe von Aktien an Privatpersonen, ähnlich wie dies die Telekom bei der ersten Emission der T-Aktie getan hat, kann weiterhin eine faktische hohe Streuung der Aktien erreicht werden.

Für die Bürger ergeben sich durch eine solche Bürgeraktie viele Vorteile. Die öffentliche Infrastruktur ist vor dem Zugriff in- und ausländischer Finanzinvestoren geschützt. Hiermit wird eine Spekulation und eine Abschöpfung überhöhter Gebühren verhindert. Durch die direkte Bürgerbeteiligung ist zudem ein Höchstmaß an Transparenz und Einflussnahme durch die betroffenen Bürger gewährleistet.

Da kritische Infrastrukturen überlebenswichtig für eine Region sind, bieten sie langfristig sichere und stabile Einnahmen. Die Sicherheit eines Investments in eine solche Bürgeraktie ist daher signifikant höher als bei anderen Geschäftsmodellen. Die Bürger profitieren daher direkt von einer sicheren und stabilen Geldanlage mit geringem Risiko. Dem gegenüber steht eine nur geringe oder mittlere Rendite. Der so genannte "Shareholder Value" kann bei einer Bürger-AG nicht der zentrale Antrieb sein. Stattdessen muss eine solche Bürger-AG per Satzung dem Gemeinwohl verpflichtet und durch Ausschluss spekulativer Erweiterungen des Geschäftsmodells gebunden sein. Das Modell einer Bürger-AG erreicht eine Verhinderung von weiteren Infrastrukturmonopolen mit den daraus folgenden negativen Auswirkungen auf die Versorgungslage oder -kosten der Bürger. Es ermöglicht eine Refinanzierung der Kommunen und trägt zur Entschuldung bei, gibt den Bürgern mehr Einblicke und Mitspracherechte in die Vorgänge der öffentlichen Unternehmen, reduziert die direkte Einflussnahme der Politik und bietet eine sichere Geldanlage für die Bürger einer Region in ihre Infrastruktur.

Konflikte: -

8.14 Keine Steuermittel für Standorterhaltung

Die NRW-Piraten sind strikt gegen die Subventionierung von bedrohten Konzernen, um die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten. Meistens betreffen solche Rettungs-Pakete Unternehmen aus wachstumsschwachen oder schrumpfenden Branchen. Zahlreiche Beispiele belegen, dass mit diesen Maßnahmen das unvermeidliche Ende meist nur hinausgezögert wird. Die gesparten Mittel sollten in die Förderung von Firmen aus Zukunftsbranchen investiert werden, bei denen tatsächlich nachhaltig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sind insbesondere Investitionen in die IT-Infrastruktur zu nennen, von der Unternehmen aus traditionellen Branchen ebenfalls profitieren.

Konflikte: -

8.15 Antizyklisch investieren statt radikal sparen

Schon jetzt steht fest, dass die Finanzierung des Staates in NRW und ganz Deutschland im Jahr 2010 schwierig werden wird. Sinkenden Steuereinnahmen stehen steigende Ausgaben für die Sozialsysteme gegenüber. Zahlreichen Städte und Kommunen droht die Überschuldung.

Regierung und Opposition fordern wie so häufig einen radikalen Sparkurs. Dies wird mit dem Versuch verbunden, kurzfristig neue Mittel zu erlangen, was die Probleme mittelfristig verschärft. Investitionen werden gestrichen, Fördermittel gekürzt, Steuern erhöht und öffentliches Eigentum verkauft. Damit verfallen die Politiker geradezu reflexartig in genau die Verhaltensmuster, die sie selbst anlässlich der Diskussion um Manager-Boni so gerne kritisieren.

Die NRW-Piraten plädieren dagegen für gezielte antizyklische Investitionen in die Zukunft, auch wenn dies kurzfristig eine noch stärkere Neuverschuldung erfordert. In diesem Zusammenhang sind Konzepte wie ein Landesrohstofffonds zu evaluieren. Dieser könnte für Deutschland als rohstoffarme Region langfristige Zugangssicherheit schaffen. Auf soziale und ökologische Aspekte der Arbeitsweise der Minenkonzerne, deren Anteilseigner das Land wäre, kann ein positiver Einfluss genommen werden. Da NRW einen hohen Anteil produzierenden Gewerbes aufweist und die hiesige Industrie daher besonders stark auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen angewiesen ist, ist insbesondere hier ein solches Pilotprojekt zu bedenken.

Konflikte: -

8.16 Transparenter Wirtschaftsstandort NRW

In einer globalen und damit schnelllebigen Wirtschaftswelt ist Lobbyismus und Korruption immer stärker zu einem Problem für den freien Markt und die Bürger selbst geworden. Auch auf Landesebene sorgt die Bevorteilung einzelner Akteure und die Einflussnahme von Interessengruppen für undurchsichtige und oftmals einseitig geprägte Gesetzgebungen, Vergabeverfahren und Entscheidungsprozesse bei den politisch Verantwortlichen. Die NRW-Piraten setzen sich daher für eine Eindämmung des Einflusses von Lobbyistengruppen ein.

Konflikte: -

8.17 Sperrfristen für Politiker nach Auslaufen des Mandats

Jeder Mandatsträger muss eine gewisse Wartezeit verstreichen lassen für die Annahme einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft, die direkt mit dem ehemaligen Ressort des Mandatsträgers in Verbindung steht. Hierdurch können eventuelle Vorteilsnahmen beider Seiten eingedämmt werden. Nach Auslaufen der Amtszeit des Mandatsträgers darf dieser während der folgenden Legislaturperiode weder als Angestellter noch beratend

für Unternehmen tätig werden, die in irgendeiner Weise mit dem ehemaligen Ressort in Verbindung stehen. Damit wird sichergestellt, dass Ämter als ehrenvolle Pflicht und nicht als Sprungbrett zu besseren Verdienstchancen verstanden werden.

Konflikte: -

8.18 Öffentliche Listen von Landesgeldern und den dazugehörigen Verträgen

Die Bürger sollen Vergabeverfahren und Vertragsgrundlagen sowie die Verwendung der Landesgelder nachvollziehen können. Der Staat, respektive das Land NRW, die Politik und die ausführenden Organe sind Verwalter der Steuermittel des Bürgers und nicht deren Eigentümer. Daher ist eine Einsichtnahme in diese Verträge aus Sicht der NRW-Piraten ein grundsätzliches Recht des Bürgers.

Für alle Landesministerien soll verpflichtend sein, dass Auftragsvergaben sowie durch Steuermittel geförderte Projekte, Organisationen oder NGOs in einer zentralen Datenbank gespeichert werden. Die entsprechenden Unterlagen können dann auf einem Online-Portal für alle Bürger einsehbar gemacht werden. So hat die Öffentlichkeit zu jedem Zeitpunkt Zugriff auf diese Informationen, wodurch Transparenz in allen Arbeitsprozessen herrscht.

Konflikte: -

8.19 Offenlegung von großen Landesausgaben und -verträgen

In diversen Fällen liegt der Verdacht nahe, dass nicht das beste und günstigste Angebot für ausgeschriebene Bauvorhaben, Investitionen und andere Landesausgaben angenommen wird. Vielmehr scheinen oft undurchsichtige Entscheidungskriterien maßgeblich für den Zuschlag zu sein. Dies muss in Zukunft im Sinne der Landesfinanzen und der Bürgerinteressen verhindert werden.

Auch dies kann durch ein Online-Portal erreicht werden, auf welchem alle entscheidungsrelevanten Unterlagen veröffentlicht werden müssen. So können unabhängige Fachleute jederzeit nachprüfen, ob die Entscheidungen im Sinne der Bürger getroffen wurden oder Nebenabsprachen zu vermuten sind. Jeder Vertrag mit einer Gesamtvertragssumme über 10 Mio. Euro, wobei die Vertragssumme über die Gesamtlaufzeit gilt, soll im vollständigen Wortlaut inklusive aller Anlagen im Internet für alle Bürger öffentlich einsehbar sein.

Konflikte: -

8.20 Gesetzestexte dürfen nicht von Lobbyisten und Wirtschaftsunternehmen geschrieben werden

Die Landesregierung unterhält einen großen Apparat mit Beamten und leistungsfähigen Ministerien. Es ist nicht einzusehen, dass diese Unterstützung bei der Erstellung von Textvorlagen für Gesetzgebungsverfahren benötigen. In den letzten Jahren zeichnet sich eine zunehmende Einflussnahme auf Gesetzestexte durch Wirtschaftsunternehmen und Lobbyisten ab, die nicht zuletzt auf Bundesebene in der Affäre um die Kanzlei Linklaters ihren öffentlichen Höhepunkt feierte. Die NRW-Piraten fordern daher, die Übernahme von Gesetzesvorlagen und die unmittelbare Einflussnahme von professionellen Lobbyisten auf Gesetzgebungsverfahren unter eine strenge öffentliche Kontrolle beziehungsweise ein teilweises Verbot zu stellen. Die Vergabe von Beratungsaufträgen an Dritte, zum Zwecke einer Formulierung eines Gesetzestextes muss generell verboten werden.

Konflikte: -

8.21 Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes

Jeder Bürger ist gleich viel wert, ob in der Stadt oder auf dem Land. Legt man die Logik des so genannten kommunalen Finanzausgleichs zugrunde, so ist ein Einwohner der Landeshauptstadt Düsseldorf um das 2,5-fache wertvoller als einer, dessen Heimat ein Dorf im Münsterland ist. Städte haben zwar auch Funktionen für die umliegende ländliche Region zu erfüllen, etwa hinsichtlich des Betriebs von Kulturstätten wie Theater, Oper oder Museen. Allerdings erfüllen ländliche Regionen ebenfalls unverzichtbare Funktionen, etwa als Naherholungsgebiete. Städte verfügen außerdem aufgrund ihrer größeren wirtschaftlichen Bedeutung über höhere Einnahmen aus Gewerbesteuer und anderen Quellen. Zudem sind sie wesentlich flexibler bei der Gestaltung ihrer ÖPNV-Angebote, während ländliche Regionen selbst ein Minimum an Busverbindungen oft nur mit Mühe aufrechterhalten können.

Unter dem Strich werden die Gemeinden damit durch den kommunalen Finanzausgleich in seiner heutigen Form stark benachteiligt. Dies führte in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem immer stärkeren finanziellen Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen, wodurch speziell kleinere Gemeinden ihre Angebote immer weiter einschränken müssen und an Attraktivität einbüßen. Die Konsequenz ist eine zunehmende Landflucht vor allem jüngerer Menschen, was weiter rückläufige Gemeindefinanzierungen bewirkt und den Teufelskreis so vollendet.

Nach Ansicht der NRW-Piraten ist das Gemeindefinanzierungsgesetz in höchstem Maße undemokratisch. Letztlich profitieren vom Modell des kommunalen Finanzausgleichs vor allem in der Stadt wohnende Angehörige gehobener Einkommenschichten. Daher muss das Gemeindefinanzierungsgesetz grundlegend überarbeitet und unter Beachtung kurzfristiger Budgetzwänge in eine zukunftsfähige Struktur gebracht werden. Langfristiges Ziel der NRW-Piraten ist eine gleichmäßige Zuteilung der Finanzmittel

proportional zur Zahl der Bürger, unabhängig von der jeweiligen Größe der Stadt oder Gemeinde.

Konflikte: -

3 Medienpolitik

21.2 Keine GEZ-Gebühr auf Computer und Handys

Die NRW-Piraten lehnen eine GEZ-Gebühr auf internetfähige Computer oder Mobilfunkgeräte ab. Mit den Angeboten im Internet drängen die öffentlich-rechtlichen Sender den Bürgern eine unverlangte Leistung auf, für die sie eine Gebühr verlangen.

Ein Voraussetzung für Gebühren für internetfähige Computer oder Mobilfunkgeräte ist also der Nachweis, dass der Computer für die Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Internet genutzt wird. Gebühren sind nur bei tatsächlicher Nachfrage denkbar. Der Nachweis muss dabei durch die GEZ erbracht werden, wie dies auch bei konventionellen Rundfunkgeräten, wie Fernsehern oder Radios, der Fall ist.

Konflikte: -

21.3 Parteipolitische Einflussnahme auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten minimieren

Die NRW-Piraten lehnen eine parteipolitische Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab, welcher laut Verfassung unabhängig und staatsfern sein soll.

Konflikte: -

21.4 Vertreter politischer Parteien sind in Rundfunkräten entbehrlich

Die NRW-Piraten fordern die Abschaffung von Parteienvertretern in den Rundfunkräten, welche zur Gewährleistung der Programmvielfalt berufen sind. Insbesondere muss eine sachfremde Einflussnahme auf Personalpolitik öffentlich-rechtlicher Sender über einen durch Parteien instrumentalisierten Verwaltungsrat ausgeschlossen werden. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender sind staatsferne Körperschaften, die durch einen Verwaltungsrat gesteuert werden, der überwiegend mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, wie Kirchen, Gewerkschaften oder Verbänden besetzt ist. Der Fall des Chefredakteurs des ZDF, Nikolaus Breder, der vom Ministerpräsidenten Roland Koch aus seinem Amt entfernt wurde, ist beispielhaft für die verfassungswidrigen Tendenzen. Die NRW-Piraten lehnen Parteipolitik im öffentlich rechtlichen Rundfunk generell ab.

Konflikte: -

21.5 Öffentliche Kontrolle der Rundfunkräte

Die NRW-Piraten fordern Transparenz der Entscheidungen der Rundfunkräte. Diese sollen künftig in öffentlichen Sitzungen tagen, was derzeit per Gesetz nicht der Fall ist. Für uns gibt es keinen Grund, warum solche Sitzungen nicht beobachtet werden sollten.

Die Rundfunkräte bestimmen über die Verteilung öffentlicher Gelder und steuern die öffentlich-rechtlichen Medien. Daher müssen sie sich auch einer öffentlichen Kontrolle stellen.

Konflikte: -

21.6 Institutionelle Interessenvertretung der Netzgemeinde im Rundfunkrat

Die NRW-Piraten fordern die Entsendung eines Interessenvertreters der Internetbenutzer in die Rundfunkräte. Diese sind neben Parteivertretern überwiegend mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, wie Kirche, Gewerkschaften oder Sportbund, besetzt. Die Nutzer der sogenannten 'Neuen Medien', die sich technisch mit dem Rundfunk überschneiden, sind mittlerweile eine relevante gesellschaftliche Gruppe geworden und sollten deswegen auch in den Rundfunkräten berücksichtigt werden. Als Interessenvertretung ist der Chaos Computer Club e.V. prädestiniert, der sich eine langfristige Kompetenz im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und IT erworben hat und einen verlässlichen Vertreter der Internetnutzer darstellt.

Konflikte: -

21.7 Medienkonzentrationsrecht

Die NRW-Piraten treten für Meinungsvielfalt und gegen Monopolbildung im Mediensektor ein. Die Neuregelung des Landesmediengesetzes, das Zeitungsverlagen die Kontrolle privater TV-Anbieter ermöglicht und damit Informations- und Meinungskartelle begünstigt, lehnen wir ab. Wer im Printbereich lokal eine Meinungsmacht inne hat, soll nicht gleichzeitig auch den lokal vorherrschenden Privatsender betreiben dürfen. So wird einer gleichgeschalteten Propaganda von marktbeherrschenden Unternehmen vorgebeugt und eine Vielfalt der Perspektiven und Meinungen in den Medien gesichert.

Konflikte: -

21.8 Internetsperren

Die NRW-Piraten lehnen Internetsperren ab. Das vom Bundestag beschlossene Zugangerschwerungsgesetz ist bereits wegen fehlender Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes formell verfassungswidrig. Daher muss damit gerechnet werden, dass nach einem entsprechenden Spruch des bereits angerufenen Bundesverfassungsgerichts ein Rundfunkstaatsvertrag auf Länderebene angestrebt werden wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Zugangerschwerungsgesetz nicht auf Länderebene eingeführt wird.

Konflikte: -

21.9 Verfügbarkeit von TV-Produktionen

Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten produzieren TV-Angebote, die von der Allgemeinheit bezahlt werden. Die Produktionen stehen der Allgemeinheit jedoch nur für eine begrenzte Zeit oder gar nicht zur Verfügung. Die NRW-Piraten fordern daher, dass Produktionen, die von der Allgemeinheit bezahlt wurden, auch permanent der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Konflikte: -

21.10 Digitale Lernmittelfreiheit

Die NRW-Piraten wollen digitale Lernmittelfreiheit für Schüler und Studierende. Das Land NRW muss dazu insbesondere eine Gesetzesinitiative gegen die Einschränkungen zur Speicherung von Schulfunksendungen nach § 47 UrhG einbringen, der in die Kulturhoheit der Bundesländer eingreift.

Konflikte: -

4 Innenpolitik

10.0 Für Menschenrechte kämpfen

Die grundlegenden Rechte jedes einzelnen Menschen sind das höchste Gut und Ausdruck unserer Menschlichkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, beschlossen und anerkannt von den Staaten der Vereinten Nationen, stellt dabei die umfassende und allgemein anerkannte Sammlung dieser Rechte dar. Die dort genannten Rechte sind unteilbar und gelten für jeden Menschen gleichermaßen, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion, seinem Geschlecht, seiner Kultur oder anderer Merkmale. Jeder Mensch muss sich frei entfalten können, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Jede Diskriminierung ist abzulehnen. Die NRW-Piraten kämpfen dafür, die Menschenrechte national wie international durchzusetzen.

Das Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen

Gemeinsam mit den Menschenrechten bilden die Bürgerrechte die Grundrechte der Bürger, die sich im deutschen Staat zusammengefunden haben. Die NRW-Piraten stehen hinter dem Grundgesetz in der ursprünglichen Form, wie es unsere Gründungsväter 1949 ausgearbeitet haben. Insbesondere lehnen wir Änderungen an dem die Grundrechte umfassenden ersten Abschnitt (Art.1 bis 19) ab. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen. Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein und will die Bürgerrechte verteidigen, insbesondere auch gegenüber dem Staat bzw. dessen Einrichtungen, der sie bedroht.

Konflikte: -

10.1 Verfassungsschutz

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen. Dementsprechend ist es wichtig, dass an für die Grundrechte des Bürgers potentiell fatalen Stellen so offen, transparent und sorgfältig geprüft wird, wie es möglich ist.

Wir erkennen an, dass ein Geheimdienst naturgemäß nicht dazu in der Lage ist, seine Tätigkeiten umgehend und in vollem Umfang kontrollierbar und transparent zu gestalten. Dennoch wollen wir die Kontrolle und Transparenz so weit erhöhen, wie es im Rahmen der Handlungsfähigkeit besagter Behörde möglich ist.

Die Fristen, innerhalb derer über die Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörde berichtet wird, müssen so angepasst werden, dass jede potentiell die Grundrechte des Einzelnen verletzende Tätigkeit noch vor Durchführung dem Kontrollgremium gemeldet und spätestens 3 Monate nach ihrem Abschluss der demokratischen Kontrolle des Parlaments unterzogen wird. Nach geltendem Recht könnte im ungünstigsten Fall dies erst nach 1 1/2 Jahren stattfinden.

Die Arbeit der G10-Kommission muss enger an die Arbeit des parlamentarischen Kontrollgremiums gebunden werden. Wir halten eine Prüfung, ob diese beiden Einrichtungen zum Zwecke eines schnelleren Informationsflusses kombiniert werden können, für sinnvoll. Ebenso sollte in diesem Zuge die Einhaltung nicht nur des Fernmeldegeheimnisses, sondern sämtlicher Grundrechte zeitnah überprüft werden.

Konflikte: -

10.2 Hilfspolizisten

Die Polizei ist eins der wichtigsten Exekutivorgane unseres Landes. Sie ist die direkte ausführende Kraft des staatlichen Gewaltmonopols, und soll die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Dies ist eine hochgradig verantwortungsvolle, anspruchsvolle Aufgabe.

Bestrebungen, streifendienstliche Tätigkeiten der Polizei zukünftig verstärkt von schlechter ausgebildeten, schlechter bezahlten Hilfspolizisten durchführen zu lassen lehnen wir entschieden ab. Realen Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit auf diese Weise schwächer zu begegnen, und gleichzeitig unter der Vorgabe, die innere Sicherheit zu stärken die Grundrechte immer weiter zu beschränken ist für uns nicht akzeptabel.

Konflikte: -

10.3 Virtuelle Streife

Der Polizeidienst umfasst den Streifendienst im öffentlich zugänglichen Raum zur Gefahrenabwehr und zur Verhinderung von Straftaten. Da auch das Internet ein solcher öffentlich zugänglicher Raum ist, ist es begrüßenswert, wenn die Polizeibehörden dort "auf Streife" gehen. Ferner empfinden wir es als erfreulich, dass die Polizeibehörden Gedanken, sich mit dem Medium Internet vertrauter zu machen. Besorgnis erregt nur die Befürchtung, dass den Beamten an dieser Stelle Sonderrechte eingeräumt werden, die über jene eines normalen Internetnutzers hinaus gehen.

Denn so wie der Streifendienst nicht das Eindringen in private Wohnungen rechtfertigt, so lehnen wir auch verdachtsunabhängige Eingriffe in private Kommunikation, etwa das Mitlesen von Emails oder Zugriff auf gesicherte Bereiche durch Hacking, ab. Um die Strafverfolgung im Netz zu verbessern, sollten vielmehr bestehende Möglichkeiten, den Polizeibehörden Gesetzesverstöße im Internet mitzuteilen, vereinfacht und verbessert werden.

Konflikte: -

10.4 Öffentliche Überwachung

Die Überwachung des öffentlichen Raumes durch Videokameras kann unter bestimmten Umständen die Aufklärung von Straftaten erleichtern. In der Regel wäre die besagte

Aufklärung jedoch auch ohne das so gewonnene Bildmaterial erfolgreich gewesen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben ferner gezeigt, dass eine solche Überwachung nicht zur Prävention von Straftaten geeignet sind.

Daher lehnen wir den Ausbau der öffentlichen Überwachung strikt ab, da wir die Persönlichkeitsrechte hunderter unschuldig erfasster und gespeicherter Bürger als schützenswert betrachten. Darüber hinaus sind aktuelle Maßnahmen der öffentlichen Überwachung kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls rückgängig zu machen.

Stattdessen wollen wir eine höhere Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften an potentiellen Kriminalitätsschwerpunkten.

Konflikte: -

10.5 Automatisierte Kennzeichenerfassung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März 2008 hat eindeutig klargestellt, dass eine verdachtsunabhängige, flächendeckende, automatisierte Kennzeichenerfassung zwecks Abgleich mit Fahndungsdaten in diversen Belangen - nicht zuletzt der Verhältnismäßigkeit - nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Daher ist es uns unbegreiflich, warum solche Maßnahmen erneut diskutiert werden.

Einen solchen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte lehnen wir entschieden ab. Auch ein stichprobenhafter Abgleich automatisiert erfasster Autokennzeichen, so wie es das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zulässt, ist für uns nicht akzeptabel.

Konflikte: -

10.6 Jugendkriminalität

Im Bereich der Jugendkriminalität ist von Symptombekämpfung und weiterem Aktionismus Abstand zu nehmen. Die Antwort auf das Problem der Jugendkriminalität ist mitnichten, jeden jungen Menschen als potentiellen Straftäter von morgen zu behandeln, und so die Nachfrage nach sicherheitspolitischen Maßnahmen künstlich zu steigern. Aufgrund einer seit Jahrzehnten verfehlten Bildungspolitik und einer finanziellen und beruflichen Perspektivlosigkeit muss man dieses Problem als hausgemacht bezeichnen. Seine Bekämpfung muss an besagten Ursachen ansetzen, indem die Bildungs- und Berufsperspektiven konsequent verbessert werden.

Konflikte: -

10.7 Biometrische Daten

Wir beobachten derzeit einen besorgniserregenden Trend, dass in immer größer gefassten Bereichen die Speicherung und der automatisierte Abgleich von biometrischen Daten erfolgt. Es ist weder zu verhindern, dass die Grundrechte unschuldiger Bürger

bei solchem Vorgehen verletzt werden, noch dass ein solches Vorgehen auf Basis existierender Daten immer häufiger angewendet wird. Daher lehnen wir die Erfassung biometrischer Daten ohne Anfangsverdacht sowie deren Speicherung ohne erwiesene Straftat kategorisch ab.

Konflikte: -

10.8 Entwurf zum Transparenzgesetz

Wir begrüßen die Bestrebung zur Schaffung von mehr Transparenz. Dabei darf die Transparenz aber nicht nur finanzielle Aspekte aufgreifen, sondern muss auch bei Entscheidungsfindungen, Vertragsabschlüssen und bei Berichten zu politischen Themen angewandt werden.

Der Landesrechnungshof NRW soll dafür Sorge tragen, dass die geschaffenen Transparenzhürden nicht durch Zersplitterungen von 100%ig öffentlichen Unternehmen in mehrerer nicht- oder teil-öffentliche Unternehmen umgangen werden.

Konflikte: -

10.9 Leistungsgerechte Beurteilung von Beamten

Das Beamtenrecht in NRW bedarf in vielerlei Hinsicht einer umfassenden Reform. Insbesondere ist hier das System der Beamtenbeurteilungen aufzuführen. Im Bereich der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes herrscht sicher nicht selten eine große Diskrepanz zwischen den tatsächlichen und den beurteilten Leistungen. Dies führt zu großen Frustrationen und einer verständlichen Demotivation, welche nicht zuletzt auch die Bürger zu spüren bekommen.

Derzeit werden die Beamten überwiegend durch Vorgesetzte beurteilt, die den zu beurteilenden Beamten häufig gar nicht bei der Arbeit sehen, sondern nur aus der "Aktenlage" heraus entscheiden. Auch werden bereits formulierte, gute Beurteilungen vom nächst höheren Vorgesetzten, welcher den Beamten meist nicht mal persönlich kennt, aufgrund der Haushaltslage wieder zurückgenommen, da von einer guten Beurteilung auch die nächste Beförderung abhängig ist, was dann wiederum mehr Geld kosten würde. Nicht selten hängen gute Beurteilungen und damit die Beförderung nicht mit der tatsächlichen Leistung des Beamten zusammen, sondern damit, wie lange er schon auf die nächste Beförderung warten musste, selbst wenn jüngere Beamte eine wesentlich bessere Leistung vorweisen konnten. Dies führt zu noch mehr Frustration bei den verbleibenden, motivierten Beamten, da sie für ihre gute Leistung keine Anerkennung finden.

Daher setzen wir uns für eine umfassenden Reform des Beurteilungsprozesses ein. Wir streben eine Anlehnung an die aus der Privatwirtschaft bekannten 360 Grad Beurteilung an. Der Vorgesetzte allein soll nicht über die Beurteilung eines Beamten entscheiden dürfen. Vielmehr sind u.a. auch Einschätzungen der Kollegen und Bürger mit

in die Beurteilung einzubeziehen. Der Einfluss des nächst höheren Vorgesetzten auf die Beurteilung muss auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Vor allem muss endlich die Qualität und nicht, wie zur Zeit, die Quantität der Leistung als Beurteilungskriterium wieder in den Vordergrund rücken.

Konflikte: -

10.10 Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingswesen

Wir setzen uns für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten ein. Aus diesem Grunde wollen wir eine Erleichterung der Anforderungen für den Übergang in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Hierbei ist aus humanitären Gründen die Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen und Flüchtlingen, welche ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig sichern können, besonders zu berücksichtigen. Langfristig ist auf ein dauerhaftes Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge, die sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhalten, hinarbeiten. Generell halten wir das Asyl- und Ausländerrecht Deutschlands für überarbeitungsbedürftig, da es einem effizienten Schutz der Menschenrechte nicht gerecht wird.

Konflikte: -

10.11 Unabhängige Kontrolle für Polizeibehörden

Auch in den Reihen der Polizeibeamten kann es dazu kommen, dass einzelne Beamte sich falsch oder gar rechtswidrig verhalten. Polizeibeamte, welche ein Fehlverhalten ihrer Kollegen beobachten, sowie Zeugen und/oder Anzeige erstattende Bürger sind derzeit dazu gezwungen sich mit ihrem Anliegen an die gleiche Behörde zu wenden, in der die Beklagte Person ihren Dienst verrichtet. Dies führt nicht nur zu Hemmschwellen seitens des Beschwerdeführers, sondern kann auch zu Interessenskonflikten und dadurch zu Vertuschungsaktionen oder falsch verstandener Solidarität unter den Kollegen führen.

Es sollte eine unabhängige Kontroll- und Ermittlungsinstanz geschaffen werden, die sich solcher Beschwerden annimmt, ohne dass der Beschwerdeführer Tatenlosigkeit oder persönliche Konsequenzen fürchten muss. Zusätzlich kann diese Instanz auch ohne Anregung Dritter tätig werden.

Konflikte: -

10.12 Identifikationsnummer für Polizisten

Wir erkennen an, dass die tägliche Polizeiarbeit, also vor allem die Durchsetzung polizeilicher Maßnahmen, ohne die Möglichkeit der Anwendung von Zwangsmitteln in vielen Situationen unmöglich wäre. Auch angemessene körperliche Gewalt stellt ein grundsätzlich legitimes und erforderliches Zwangsmittel dar. Jedoch hat gerade die Polizei

als Träger des staatlichen Gewaltmonopols eine besondere Verantwortung, welcher sie leider nicht immer gerecht wird. Immer wieder gibt es Presseberichte von rechtswidrigen Übergriffen der Polizei auf Bürger. Häufig jedoch hat der Bürger dabei nicht einmal die Möglichkeit den Namen des Beamten zu erfahren, da dieser, trotz einer bestehenden Pflicht, ihn nicht preisgibt. Auch hat der Bürger in diesem Moment keine Möglichkeit den Polizisten zur Preisgabe zu zwingen.

Aus diesem Grund fordern wir die Einführung einer jederzeit deutlich erkennbaren, individuellen und für die Ermittlungsbehörde nachvollziehbaren Identifikationsnummer für jeden Polizeibeamten.

Eine solche Nummer stellt auf der einen Seite den Informationsanspruch des Bürgers sicher, auf der anderen Seite wahrt sie aber auch das Persönlichkeitsrecht des Beamten, da auf direktem Wege keine Rückschlüsse auf seine Person möglich sind.

Konflikte: -

Pauschale Mindestentschädigung bei rechtswidrigen Maßnahmen von Behörden

Da auch in Behörden nur Menschen sitzen, werden auch dort Fehler gemacht. Nicht selten werden rechtswidrige Verwaltungsakte erlassen bzw. rechtswidrige Maßnahmen getroffen, welche den Bürger in seinen Rechten und in seiner Persönlichkeit beeinträchtigen. Diese Beeinträchtigungen lassen immer irgendeine Art von Schaden entstehen.

Es ist unser Anliegen eine pauschale Mindestentschädigung bzw. eine Wiedergutmachung für rechtswidrige Maßnahmen einzuführen. Hierdurch erwarten wir eine wesentliche Erhöhung der Hemmschwelle seitens der Behörden bei Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte des Bürgers und hierdurch einen verbesserten Schutz vor Behördenwillkür.

Bei der derzeitigen Rechtslage hat der Bürger, selbst nachdem durch Gerichte die Rechtswidrigkeit von Verwaltungsakten oder Maßnahmen festgestellt wurde, weitere, häufig nicht leichte Hürden zu nehmen, um den Schaden ersetzt zu bekommen. Die Beweisbarkeit eines entstandenen Schadens, gerade im immateriellen Bereich, gestaltet sich oft schwierig. Obwohl es eine Behörde war, welche den Fehler gemacht hat, wird der Bürger durch eine schwierige Beweissituation eventuell noch mehr belastet. Damit dieser unhaltbare Zustand abgestellt wird, sollten Behörden für ihre Fehler uneingeschränkt haften.

Konflikte: -

5 Umweltpolitik

3.1 Präambel

Die NRW-Piraten lehnen ideologisch oder wirtschaftlich motivierte Umweltpolitik ab. Eine tragfähige Umweltpolitik kann nur auf den langfristigen Erhalt und die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen ausgerichtet sein. In diesem Kontext ist kein Platz für ideologische Scheinlösungen oder den Schutz kurzfristiger finanzieller Interessen. Da rigide Verbote nicht dem Geist der Piraten entsprechen, sollen die Ziele vorzugsweise durch Aufklärung und wo dies nicht ausreicht durch gezielte Förderung erreicht werden. Nur notfalls sollen auch Strafbesteuerung oder andere Sanktionen angewendet werden.

Konflikte: -

3.3 Energie und Ressourcen

Text Die Erde ist im Wesentlichen ein geschlossenes System, das von außen nur Energie von der Sonne erhält und dessen innere Ressourcen begrenzt sind. Das muss eine auf das langfristige Überleben der Menschheit ausgerichtete Umweltpolitik berücksichtigen.

Konflikte: -

3.4 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip

1. Die Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir generell die Schaffung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsform, die natürliche Ressourcen so nutzt und erhält, so dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist ein bewusster verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung der Ressourcen erforderlich.

2. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration im Gleichgewicht sein, bei nicht nachwachsenden wie Bodenschätzen muss eine Kreislaufwirtschaft eingeführt werden. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien zu nutzen und zu bevorzugen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare bzw. nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir ab. Beispiele hierfür wären z.B. die derzeitige Stromproduktion durch Kernspaltung.

3. Alle Ressourcen sind endlich und müssen daher mit minimalen Verlusten und in Kreislaufsystemen genutzt werden. Die Energiebilanz des Planeten muss neutral bleiben, da sich die Biosphäre sonst entweder aufheizt oder abkühlt.

4. Natürliche Lebensräume und die Artenvielfalt müssen langfristig erhalten werden. Daraus ergeben sich folgende Grundforderungen:

1. Klimaverändernde Aktivitäten müssen eingeschränkt und langfristig völlig ausgesetzt werden.

2. Die Energieversorgung muss hauptsächlich auf regenerative Quellen umgestellt werden, die Energieeffizienz muss gesteigert werden.

3. Wiederverwendung vor Wiederverwertung: Echtes Recycling muss konsequent ausgebaut und der Verbrauch bzw. Verlust von Ressourcen so weit wie möglich eingeschränkt werden.

Konflikte: 3.5, 3.6, 3.24

3.24 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip

1. Die Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir generell die Schaffung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsform, die natürliche Ressourcen so nutzt und erhält, so dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist ein bewusster verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung der Ressourcen erforderlich.

2. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration im Gleichgewicht sein, bei nicht nachwachsenden wie Bodenschätzen muss eine Kreislaufwirtschaft eingeführt werden. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien zu nutzen und zu bevorzugen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare bzw. nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir ab.

3. Alle Ressourcen sind endlich und müssen daher mit minimalen Verlusten und in Kreislaufsystemen genutzt werden. Die Energiebilanz des Planeten muss neutral bleiben, da sich die Biosphäre sonst entweder aufheizt oder abkühlt.

4. Natürliche Lebensräume und die Artenvielfalt müssen langfristig erhalten werden. Daraus ergeben sich folgende Grundforderungen:

1. Klimaverändernde Aktivitäten müssen eingeschränkt und langfristig völlig ausgesetzt werden.

2. Die Energieversorgung muss hauptsächlich auf regenerative Quellen umgestellt werden, die Energieeffizienz muss gesteigert werden.

3. Wiederverwendung vor Wiederverwertung: Echtes Recycling muss konsequent ausgebaut und der Verbrauch bzw. Verlust von Ressourcen so weit wie möglich eingeschränkt werden.

Konflikte: 3.5, 3.6, 3.7

3.5 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip

Die NRW-Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir generell die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen in einer Weise nutzt und erhält, dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung der Ressourcen erforderlich. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration in einem Gleichgewicht sein, bei nicht nachwachsenden Ressourcen wie Bodenschätzen muss die Einführung einer Kreislaufwirtschaft oberstes Ziel sein. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien bevorzugt zu nutzen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare und nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir strikt ab. Ein Beispiel hierfür ist z.B. die derzeitige Stromproduktion durch Kernspaltung.

Konflikte: 3.4, 3.6, 3.24

3.6 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip

Die NRW-Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir generell die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen in einer Weise nutzt und erhält, dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung der Ressourcen erforderlich. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration in einem Gleichgewicht sein, bei nicht nachwachsenden Ressourcen wie Bodenschätzen muss die Einführung einer Kreislaufwirtschaft oberstes Ziel sein. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien bevorzugt zu nutzen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare und nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir strikt ab.

Konflikte: 3.4, 3.5, 3.24

3.7 Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung

1. Wir wollen die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die Forschung im Bereich der ökologischen Zusammenhänge und die Erforschung sauberer Technologien (cleantech") fördern [Forschung im Bereich des Umweltschutzes]. 2. Forschungsergebnisse, insbesondere solche aus öffentlich finanzierten Programmen, müssen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden (öpen access"). Die Ergebnisse sollen für die Aufklärung der Bevölkerung in Fragen des Umweltschutzes genutzt werden. Die selektive Sicht durch einzelne auf Zusammenhänge, die ganzheitlich zu betrachten sind,

erfordert die Entwicklung von Methoden, die dem Prinzip "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" Geltung verhelfen. Dem dient die allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, der freie Zugang zu Wissen und Forschungsergebnissen und die Schaffung von Anreizen zum Umdenken um zu besserem Verhalten zu kommen.

Konflikte: 3.8

3.8 Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung

Die NRW-Piraten wollen die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die Forschung im Bereich der ökologischen Zusammenhänge und die Erforschung sauberer Technologien fördern. Forschungsergebnisse, insbesondere solche aus öffentlich finanzierten Programmen, müssen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Die Ergebnisse sollen für die Aufklärung der Bevölkerung in Fragen des Umweltschutzes genutzt werden. Die selektive Sicht auf ganzheitliche Zusammenhänge durch einzelne erfordert die Entwicklung von Methoden, die dem Prinzip "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" Geltung verhelfen. Dem dient die allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, der freie Zugang zu Wissen und Forschungsergebnissen und die Schaffung von Anreizen zum Umdenken, um zu besseren Verhaltensweisen zu kommen.

Konflikte: 3.7

3.9 Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Viele der heutigen Probleme (in Deutschland z.B. Asse, weltweiter Klimawandel, Artensterben etc) sind zu einem großen Teil das Resultat der Ohnmacht der Gesellschaft und der Bürger sowohl dem Staat als auch der Wirtschaft gegenüber. Daher sind auch beim Thema Umwelt mehr Transparenz im Handeln von Regierungen und Unternehmen und eine stärkere Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen erforderlich.

Konflikte: -

3.10 Regionalisierung

Das Versagen der internationalen Politik einen Konsens zum Klimaschutz zu finden bedeutet für jeden von uns, dass lokale und regionale Initiativen zum Umwelt- und Klimaschutz an Bedeutung gewinnen. Diese Initiativen werden wir fördern und stärken.

Konflikte: -

3.12 Energiepolitik - Wettbewerb und Versorgungssicherheit in den Energiemärkten garantieren

Die folgenden Punkte gehen zum Teil über das Landesrecht hinaus und betreffen Bundes- wie EU-Recht. Die NRW-Piraten regen an, dass das Land NRW auch dort durch geeig-

nete Maßnahmen wie Gesetzesinitiativen im Bundesrat seinen Einfluss geltend macht und wo möglich - z.B. über das Landesausschreibungsrecht - steuernd einwirkt. Die Netzinfrastruktur gehört überwiegend in öffentliche Hände. Dazu dient die eigentumsrechtliche Entflechtung der Netzinfrastrukturen; das gilt für Strom- wie Gasnetze gleichermaßen und auf allen Netzebenen.

Die NRW-Piraten streben eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als auch im Wärmemarkt an. Die Forschungsanstrengungen sind zu verstärken mit dem Ziel, die Kosten sowohl für Fotovoltaik als auch für Anlagen der dezentralen Kraftwärmekopplung deutlich zu senken. Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien sich vergleichbar der Regulierung der Netzentgelte stärker als bisher an den jeweils effizientesten Anbietern orientieren. Monopol- beziehungsweise Oligopolrenten sind so lange abzuschöpfen, bis eine funktionierende und stabile Wettbewerbsordnung etabliert ist.

Die NRW-Piraten streben in der Energiepolitik an, nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum deutlich zu erleichtern. Wir setzen uns ein für eine Festlegung von Effizienzstandards als Mindeststandards. Um dies zu erreichen, regen wir an, dass das Land NRW eine Vorreiterrolle einnimmt und sich in Deutschland sowie innerhalb der Europäischen Union durch entsprechende Initiativen einsetzt. Hierzu gehören CO₂-Grenzen für PKWs ebenso wie Grenzen für den Energieverbrauch von Elektrogeräten. Produkte, die diese Standards nicht einhalten, sollten nicht mehr vertrieben werden dürfen.

Die NRW-Piraten regen die Einführung von finanziellen Anreizstrukturen an, die nachhaltigen Konsum belohnen. Prämienprogramme, Steuervorteile oder Zuschüsse müssen konsequent wirksam sein im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes sowie sozial verträglicher Arbeits- und Produktionsbedingungen.

Die NRW-Piraten machen sich stark für eine klare Energiekennzeichnung für alle Verbrauchsgüter. Die Effizienzklassen von Haushaltsgeräten (A–G) bieten hier eine gute Grundlage. Wir setzen uns ein für den sukzessiven Ersatz fossiler Energiequellen durch erneuerbare Energie im Gebäudebestand und im Neubau. Der "ökologische Rucksack" eines Produktes sowie die soziale Verantwortung der Hersteller sind transparent darzustellen. Die NRW-Piraten regen an, dass sich das Land NRW für die Schaffung hierzu geeigneter unabhängiger Plattformen einsetzt, z.B. den Ausbau der Corporate Social Responsibility (CSR)-Tests der Stiftung Warentest.

Die NRW-Piraten unterstützen die verbraucherpolitische Agenda für die Legislaturperiode 2010 bis 2015 in NRW „Szenario 2015“ der Verbraucherzentrale NRW, die Wettbewerb und Versorgungssicherheit in den Energiemärkten garantieren soll.

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ihren Energie-Dienstleister unkompliziert und mit wenig Aufwand binnen weniger Tage wechseln können. Wesentliche Unterscheidungskriterien der Angebote – wie Vertragslaufzeit, Preis, Kündigungs- und Verlängerungsfristen, Preisanpassungsklauseln, Zusammensetzung des Stroms, etc. sollen kundenfreundlich auf einen Blick zu erkennen sein.

Die NRW-Piraten regen an, dass das Land NRW durch eine Gesetzesinitiative sicherstellt, dass der zunehmende Wettbewerb im Energiemarkt durch transparente Angebots- und Vertragsgestaltungen befördert wird. Darüber hinaus soll das Land NRW die Vorschläge der Monopolkommission aufgreifen und sich für mehr Wettbewerb bei der Stromerzeugung und Gasversorgung einsetzen und die Gründung neutraler Netzgesellschaften unterstützen. Die Gemeindeordnung ist derart zu ändern, dass es zu mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und dem neuen Markt der Energieeffizienzdienstleistungen kommt.

Ratsuchenden soll NRW-weit in einer Energieberatung vor Ort beim Kunden durch die Verbraucherzentrale oder andere Kooperationspartner einer Landesinitiative der jeweilige Modernisierungsbedarf in den eigenen vier Wänden anbieterunabhängig aufgezeigt werden.

Sanierungswillige Hausbesitzer sollen auch für bestehende Gebäude eine finanzielle Förderung durch das Land erhalten, wenn sie dabei erneuerbare Wärmequellen mit zum Einsatz kommen lassen. Das Land NRW soll dazu das Bundesprogramm für den Einsatz erneuerbarer Wärme bei Neubauten durch ein entsprechendes Landesgesetz und eine langfristige und berechenbare Förderung für den Gebäudebestand ergänzen.

Wer seine Heizungsanlage erneuern will, soll ähnlich wie in Baden-Württemberg in die Pflicht genommen werden, mindestens zehn Prozent des Wärmebedarfs durch erneuerbare Energie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme zu decken. Käufer und Mieter von Wohnungen oder Häusern sollen darauf vertrauen können, dass Verstöße gegen die Vorlagepflicht des Energieausweises durch die zuständigen Bauaufsichtsbehörden verfolgt und geahndet werden. Der Energieausweis wird damit zu einem wirkungsvollen Instrument, um den künftigen Energiebedarf von Immobilien beurteilen und bei der Entscheidung für ein Objekt einbeziehen zu können.

Die Energieverbrauchskennzeichnung auf Haushaltsgroßgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik für Verbraucherinnen und Verbraucher soll zu einer transparente und verlässliche Richtschnur ausgebaut werden, um den künftigen Energieverbrauch der geplanten Anschaffung mit in die Kaufentscheidung einbeziehen zu können. Es ist Aufgabe der Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass unabhängige Sachverständige die Umsetzung der Kennzeichnungsvorgaben im Handel regelmäßig kontrollieren und Verstöße geahndet werden.

Die NRW-Piraten unterstützen die Einführung eines linearen Stromspar-Tarifs proportional zum realen Verbrauch. Ergänzend soll eine sozialorientierte Energieberatung dazu beitragen, dass sich die bislang große Zahl an Stromsperrern in privaten Haushalten drastisch reduziert. Wir regen an, dass das Land NRW soll diese Entwicklung im Dialog mit den Energieversorgungsunternehmen und der Verbraucherzentrale anstößt und begleitet.

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Besitzer von Elektropeicherheizungen, die zu einem anderen Heizungssystem wechseln wollen, durch ein Förderprogramm

des Landes unterstützt werden. Neue Nachtstromspeicherheizungen dürfen nicht mehr installiert werden.

2008 betragen die Energiekosten circa 120 Milliarden Euro, das sind über zehn Prozent der gesamten Konsumausgaben. Entscheidend für die Preisbildung der Energieträger ist neben den Rohstoffpreisen auf den Weltmärkten vor allem die inländische Wettbewerbssituation. Hier gibt es im Stromsektor nur zögerliche Verbesserungen, die Entwicklung des Gasmarktes stagniert weitgehend. Die Europäische Union hat sich gegen die Widerstände insbesondere aus Deutschland und Frankreich mit ihren Plänen zur Entflechtung der Strom- und Gasnetze nicht vollständig durchsetzen können. Die unzureichende Abtrennung der Monopolbereiche sowohl auf der Transportnetz- als auch auf der Verteilnetzebene bleibt ein starkes Wettbewerbshemmnis.

Vorrangiges Ziel im Strom- und Gasmarkt ist nach wie vor die Etablierung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Insgesamt müssen angemessene Energiepreise erreicht werden, dies bedeutet insbesondere, dass durch einen funktionierenden Wettbewerb auf den inländischen Wertschöpfungsstufen größtmögliche Effizienz erreicht und in einem Wettbewerbsmarkt angemessene Renditen erwirtschaftet werden. Monopol- beziehungsweise Oligopolrenten müssen verhindert werden.

Gleichzeitig sind Technologien zu fördern, die einerseits eine größere Unabhängigkeit von Energieimporten ermöglichen und die andererseits die Oligopolstrukturen auf der Anbieterseite aufbrechen. Die Verbraucher müssen dabei in die Lage versetzt werden, sich durch eigene Investitionen unabhängiger von der Zufuhr von Energien zu machen. Wir benötigen eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowohl bei der Strom- als auch bei der Erdgaserzeugung sowie beim Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmemarkt. Effizienzpotentiale sind zu nutzen: Unzählige Energieeffizienzpotentiale bleiben bislang weitgehend unausgeschöpft.

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum zu erleichtern. Jeder Deutsche verursacht derzeit durchschnittlich elf Tonnen klimawirksame Kohlendioxidemissionen pro Jahr. Nachhaltigkeit entspricht einem Wert von zwei Tonnen Emissionen pro Jahr. Diese Menge kann jeder Erdbewohner emittieren, ohne dass das Weltklima zu Schaden kommt. Die Politik hat sich anspruchsvolle Ziele im Klimaschutz gesetzt, die ohne die Verbraucher nicht erreichbar sind. In den aus klimapolitischer Sicht vorrangigen Bereichen Gebäudeheizung, Verkehr und Elektrogeräte hat die Politik alle zugänglichen Effizienzpotentiale zu heben. Derzeit fühlen sich die Verbraucher mit dem Anspruch, nachhaltig konsumieren zu wollen, häufig im Stich gelassen. Woher sollen sie wissen, welches Produkt die beste Ökobilanz hat? Wer weiß schon, dass jeder Bundesbürger im Schnitt pro Tag lediglich rund 600 Meter außer Haus zu Fuß geht und lediglich einen Kilometer Fahrrad fährt. Würden diese Strecken verdoppelt und dafür der Autoverkehr um die gleiche Strecke verringert, könnten insgesamt 5,5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Dabei haben kleine Schritte oft große Wirkung: So kann ein Haushalt 150 bis 220 Euro im Jahr bereits sparen, wenn er Glühbirnen durch Energiesparlampen austauscht, auf Stand-by-Betrieb verzichtet und

einen veralteten Kühlschrank durch ein sparsames Gerät ersetzt. Zudem: Wer weiß schon, welches Unternehmen auch tatsächlich gesellschaftliche Verantwortung übernimmt?

Konflikte: 3.13, 3.14, 3.15

3.13 Energiepolitik - Wettbewerb und Versorgungssicherheit in den Energiemärkten garantieren

1. Die folgenden Punkten gehen zum Teil über das Landesrecht hinaus und betreffen auch Bundes- wie EU-Recht. Das Land soll auch dort durch geeignete Maßnahmen wie Gesetzesinitiativen seinen Einfluss geltend machen oder wo möglich (z.B. über das Ausschreibungsrecht) steuernd einwirken.
2. Die Netzinfrastruktur, Strom- wie Gasnetze gleichermaßen auf allen Netzebenen, gehört überwiegend in öffentliche Hände. Dazu dient die eigentumsrechtliche Entflechtung der Netzinfrastrukturen.
3. Eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als auch im Wärmemarkt sind notwendig. Bei der Stromerzeugung sind durch verstärkte Forschungsanstrengungen die Kosten sowohl für Fotovoltaik als auch für Anlagen der dezentralen Kraftwärmekopplung deutlich zu senken. Die bisherigen Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien müssen sich vergleichbar der Regulierung der Netzentgelte stärker als bisher an den jeweils effizientesten Anbietern orientieren.
4. Monopol- beziehungsweise Oligopolrenten sind so lange abzuschöpfen, bis eine funktionierende Wettbewerbsordnung etabliert ist.

Konflikte: 3.12

3.14 Energiepolitik - nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum erleichtern

1. Effizienzstandards müssen als Mindeststandards festgelegt werden. Dafür muss NRW sich in Deutschland und innerhalb der Europäischen Union durch entsprechende Initiativen einsetzen und wo möglich eine Vorreiterrolle übernehmen. Dazu gehören CO₂-Grenzen für PKW ebenso wie Grenzen für den Energieverbrauch von Elektrogeräten. Produkte, die diese Standards nicht einhalten, dürfen nicht mehr vertrieben werden. Finanzielle Anreizstrukturen, die nachhaltigen Konsum belohnen.
2. Prämienprogramme, Steuervorteile oder Zuschüsse müssen konsequent wirksam sein für den Klima- und Ressourcenschutz und sozial verträgliche Arbeits- und Produktionsbedingungen.
3. Wir fordern eine klare Energiekennzeichnung für alle Gebrauchsgüter. Die Effizienzklassen von Haushaltsgeräten (A–G) bieten die Grundlage.

4. Wir wollen den sukzessiven Ersatz fossiler Energiequellen durch erneuerbare Energie im Gebäudebestand und im Neubau voranbringen.

5. Der "ökologische Rucksack" eines Produktes sowie die soziale Verantwortung der Hersteller müssen transparent gemacht werden. Die Landesregierung muss sich für die Schaffung hierzu geeigneter unabhängiger Plattformen einsetzen, z.B. sollten die Corporate Social Responsibility (CSR)-Tests der Stiftung Warentest ausgebaut werden.

Konflikte: 3.12

3.15 Szenario 2015

1. Wir unterstützen die verbraucherpolitische Agenda für die Legislaturperiode 2010 bis 2015 in NRW „Szenario 2015“ der Verbraucherzentrale NRW, die Wettbewerb und Versorgungssicherheit in den Energiemärkten garantieren soll.

2. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ihren Energie-Dienstleister unkompliziert und mit wenig Aufwand binnen weniger Tage wechseln können.

3. Wesentliche Unterscheidungskriterien eines Angebotes – wie Laufzeit des Vertrags, Preis, Kündigungs- und Verlängerungsfristen, Preisanpassungsklauseln, Zusammensetzung des Stroms etc. sollen auf einen Blick zu erkennen sein.

4. Die Landesregierung soll durch eine Gesetzesinitiative sicherstellen, dass der zunehmende Wettbewerb im Energiemarkt durch transparente Angebots- und Vertragsgestaltungen gefördert wird.

5. Die Landesregierung soll die Vorschläge der Monopolkommission aufgreifen und sich für mehr Wettbewerb bei der Stromerzeugung und Gasversorgung einsetzen und die Gründung neutraler Netzgesellschaften unterstützen.

6. Die Gemeindeordnung muss so geändert werden, dass es zu mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und dem neuen Markt der Energieeffizienzdienstleistungen kommt.

7. Ratsuchenden soll NRW-weit in einer Energieberatung, die vor Ort bei ihnen zu Hause kostenlos und anbieterunabhängig stattfindet, durch die Verbraucherzentrale und anderen Kooperationspartnern einer Landesinitiative der jeweilige Modernisierungsbedarf in den eigenen vier Wänden anbieterunabhängig aufgezeigt werden.

8. Sanierungswillige Hausbesitzer sollen auch für bestehende Gebäude eine finanzielle Förderung durch das Land erhalten, wenn sie dabei erneuerbare Wärmequellen mit zum Einsatz kommen lassen. Dazu soll die Landesregierung das Bundesprogramm für den Einsatz erneuerbarer Wärme bei Neubauten durch ein entsprechendes Landesgesetz und eine langfristige und berechenbare Förderung für den Gebäudebestand ergänzen.

9. Wer seine Heizungsanlage erneuern will, soll ähnlich wie in Baden-Württemberg in die Pflicht genommen werden, mindestens zehn Prozent des Wärmebedarfs durch erneuerbare Energie, Kraft- Wärme-Kopplung oder Fernwärme zu decken.

10. Käufer und Mieter von Wohnungen oder Häusern sollen darauf vertrauen können, dass Verstöße gegen die Vorlagepflicht des Energieausweises durch die zuständigen Bauaufsichtsbehörden verfolgt und geahndet werden. Der Energieausweis wird damit zu einem wirkungsvollen Instrument, um den künftigen Energiebedarf von Immobilien beurteilen und bei der Entscheidung für ein Objekt einbeziehen zu können.

11. Die Energieverbrauchskennzeichnung auf Haushaltsgroßgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik für Verbraucherinnen und Verbraucher soll eine transparente und verlässliche Richtschnur werden, um den künftigen Energieverbrauch der geplanten Anschaffung mit in die Kaufentscheidung einzubeziehen. Deshalb soll die Landesregierung sicherstellen, dass unabhängige Sachverständige die Umsetzung der Kennzeichnungsvorgaben im Handel regelmäßig kontrollieren und Verstöße ahnden.

12. Stromkunden sollen einen linearen Stromspar-Tarif, d.h. wer wenig verbraucht, hat auch eine geringe Stromrechnung. Ergänzend soll eine sozialorientierte Energieberatung dazu beitragen, dass sich die bislang große Zahl an Stromsperren in privaten Haushalten drastisch reduziert. Die Landesregierung soll diese Entwicklung im Dialog mit den Energieversorgungsunternehmen und der Verbraucherzentrale anstoßen und begleiten.

13. Besitzer von Elektrospeicherheizungen, die zu einem anderen Heizungssystem wechseln wollen, werden durch ein Förderprogramm des Landes unterstützt. Neue Nachstromspeicherheizungen dürfen nicht mehr angeschlossen werden.

Konflikte: 3.12

3.16 Transparenz und Rechtsstaatlichkeit statt Lobbyismus und Korruption – Lex E.ON

E.ON und Evonik spendeten in den letzten Jahren über 700000 Euro an CDU und FDP. Sie taten es nicht umsonst: Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil gegen den Bau des Steinkohlekraftwerk in Datteln, wurde der § 26 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) im Dezember in einer Eilaktion aus dem Gesetz gestrichen. Er verpflichtet im Einklang mit Bundes- und EU-Recht zur ausreichenden, sicheren, umweltverträglichen und möglichst preisgünstigen Energieversorgung, zur Energieeinsparung, zum Einsatz einheimischer und regenerierbarer Energieträger, zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und zur Entwicklung lokaler und regionaler Energieversorgungskonzepte. Er muss umgehend wieder eingeführt werden. Der Kraftwerksbauplatz darf kein rechts- und vernunftfreier Raum sein. Der Rechtsfrieden ist bedroht, wenn ein Schwarzbau nachträglich legalisiert wird und dabei Bundes- und EU-Recht gebrochen werden.

Konflikte: 3.18, 3.24

3.17 Verbandsklagerecht

Naturschutzverbände müssen bei Klagen die gerichtliche Überprüfung aller für die Zulassung des Vorhabens maßgeblichen Umweltvorschriften verlangen können. Das Verbandsklagerecht ist ein mühsam erkämpftes wesentliches kollektives Bürgerrecht, das nicht durch juristische Rabulistik ausgehöhlt werden darf. Es muss im Gegenteil im Interesse der partizipatorischen Demokratie weiter ausgebaut werden.

Konflikte: 3.18, 3.25

3.18 Transparenz und Rechtsstaatlichkeit statt Lobbyismus und Korruption – Lex E.ON

E.On und Evonik spendeten in den letzten Jahren über 700.000 Euro an CDU und FDP. Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil gegen den Bau des Steinkohlekraftwerks in Datteln wurde der §26 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) im Dezember in einer Eilaktion ersatzlos aus dem Gesetz gestrichen. Der Paragraph verpflichtet im Einklang mit Bundes- und EU-Recht zur ausreichenden, sicheren, umweltverträglichen und möglichst preisgünstigen Energieversorgung, zur Energieeinsparung, zum Einsatz einheimischer und regenerierbarer Energieträger, zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und zur Entwicklung lokaler und regionaler Energieversorgungskonzepte.

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der §26 umgehend wieder eingefügt wird. Der Kraftwerksbauplatz darf kein rechts- und vernunftsfreier Raum sein. Der Rechtsfrieden ist bedroht, wenn der Bau nachträglich legalisiert wird und dabei Bundes- und EU-Recht gebrochen werden. Wir regen an, dass Naturschutzverbände bei Klagen die gerichtliche Überprüfung aller für die Zulassung des Vorhabens maßgeblichen Umweltvorschriften verlangen können.

Das Verbandsklagerecht stellt ein mühsam erkämpftes wesentliches kollektives Bürgerrecht dar, das nicht ausgehöhlt werden darf. Die NRW-Piraten streben an, dass das Verbandsklagerecht im Interesse der partizipatorischen Demokratie weiter ausgebaut wird.

Konflikte: 3.16, 3.17, 3.25

3.25 Transparenz und Rechtsstaatlichkeit statt Lobbyismus und Korruption – Lex E.ON

Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil gegen den Bau des umstrittenen Steinkohlekraftwerk in Datteln, wurde der § 26 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) im Dezember in einer Eilaktion aus dem Gesetz gestrichen. Er verpflichtet im Einklang mit Bundes- und EU-Recht zur ausreichenden, sicheren, umweltverträglichen und möglichst preisgünstigen Energieversorgung, zur

Energieeinsparung, zum Einsatz einheimischer und regenerierbarer Energieträger, zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und zur Entwicklung lokaler und regionaler Energieversorgungskonzepte. Er muss umgehend wieder eingeführt werden.

Konflikte: 3.16, 3.17, 3.18

3.19 Landesnaturschutzrecht – Anpassung an das neue Bundesnaturschutzrecht

Am 1.3.2010 tritt das neue Bundesnaturschutzrecht in Kraft. Zur Rechtsklarheit muss das Landesgesetz angepasst werden. Die Landesregierung plant, durch Inaktivität Rechtsunsicherheit zu schaffen, die Verwaltung wird sich mühsam durch einen Abgleich von Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz und Verfassung die anzuwendenden Vorschriften zusammensuchen müssen. Wir fordern stattdessen in der Neufassung des Landesrechts Anforderungen an den Biotopverbund, die Gebietsschutzvorschriften und die Landschaftsplanung so zu formulieren, dass das Bundesrecht gemäß den regionalen Voraussetzungen und Notwendigkeiten mit Leben erfüllt wird.

Konflikte: 3.20

3.20 Landesnaturschutzrecht – Anpassung an das neue Bundesnaturschutzrecht

Am 01.03.2010 tritt das neue Bundesnaturschutzrecht in Kraft. Zur Rechtsklarheit muss das Landesgesetz angepasst werden. Die Inaktivität der Landesregierung verursacht Rechtsunsicherheit. Die Verwaltung wird die anzuwendenden Vorschriften mühsam durch einen Abgleich von Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz und Verfassung zusammensuchen müssen. Die NRW-Piraten regen an, stattdessen in der Neufassung des Landesrechts Anforderungen an den Biotopverbund, die Gebietsschutzvorschriften und die Landschaftsplanung so zu formulieren, dass das Bundesrecht gemäß den regionalen Voraussetzungen und Notwendigkeiten mit Leben erfüllt wird.

Konflikte: 3.19

3.21 Mobilität und Umweltbelastung

Die Landesregierung muss sich beim Bund für die folgenden Punkte einsetzen und sie wenn möglich im Lande selbst durchführen:

1. Die Qualität im Eisenbahn-Fernverkehr ist zu verbessern. Oberzentren sind mindestens halbstündlich, Mittelzentren stündlich zu verbinden. Hierfür ist eine Optimierung der Geschwindigkeiten und Anschlüsse im gesamten Fahrplannetz erforderlich. Die Netzknoten müssen ausgebaut werden, um den Umsteigeverkehr zu sichern.
2. Durchführung einer Effizienzanalyse der bereitgestellten Regionalisierungsmittel.

3. Entwicklung eines zukunftsfähigen integrierten Verkehrskonzeptes, das die Effizienzpotentiale aller Verkehrsträger optimal ausnutzt und vernetzt. Dazu zählt zuvorderst die quantitative und qualitative Optimierung des Schienenverkehrs. Dazu zählen aber auch die Förderung energiesparender PKW, Strategien zur Emissionsminderung im Flugverkehr sowie der Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr. Auf nutzerfreundliche Schnittstellen und Informationssysteme ist besonders Wert zu legen.

4. Die Einrichtung und Ausweitung regionaler Schlichtungsstellen.

Konflikte: -

3.22 Wasser- und Bodenschutz – Gülle

1. Gülleexport aus den Niederlanden führt zu steigenden Belastungen des Grund- und Oberflächenwassers. Als Ware deklarierter giftiger und infektiöser Abfall wird in großen Mengen importiert und ausgebracht. Das holländische Gülleproblem darf nicht auf unserem Rücken gelöst werden.

2. Die Gülledüngung muss auf ein vertretbares Maß reduziert werden, also die Menge, die von den Böden und den darauf wachsenden Pflanzen aufgenommen werden kann ohne dass Überschüsse in die Oberflächengewässer oder die tieferen Schichten gelangen. Aufbringen nur noch in Mengen, die boden-, oberflächen- und grundwasser- verträglich sind.

3. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen die weitere Belastung des Grundwassers. Gutes Grundwasser ist die ideale Voraussetzung für gutes Trinkwasser und muss daher vor den Auswüchsen der Massentierhaltung auf beiden Seiten der Grenze geschützt werden.

4. Es muss belegt werden, ob und wie die vorgeschriebenen Genehmigungen und Kontrollen durch die Landwirtschaftskammern stattfinden.

5. Es muss geklärt werden, ob die Landwirtschaftskammern wirklich unbefangen genug sind, um diese Kontrollen durchzuführen.

6. Dazu striktere Kontrollen der aufgebrachten Düngermengen und erheblich verstärkte Kontrollmöglichkeiten, um illegale Transporte zu verhindern und eine bessere Übersicht über die importierten Güllemengen zu bekommen.

7. Die Weiterentwicklung von Technologien wie Trennung und Biogasproduktion muss vorangetrieben werden.

8. Die Biogasproduktion führt zu weniger aufwändigem Transport und die Streuung des Restdüngers braucht keine so große und schwere Ausrüstung. Biogas ist eine nachhaltige Energiequelle, die zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes der Landwirtschaft beiträgt, indem der Ausstoß von Methan und Lachgas durch die Gülleentgasung verringert wird und fossile Brennstoffe ersetzt werden.

9. Moderne Trennungsvorfahren können sich aus energetischer Sicht als noch effektiver erweisen. Die Forschung muss gefördert werden.

10. Beide führen dazu, dass Mikroorganismen und schädliche Rückstände in der Gülle minimiert werden.

Konflikte: 3.23

3.23 Wasser- und Bodenschutz – Gülle

Die NRW-Piraten lehnen die Deklaration von giftigen und infektiösen Abfällen als Ware ab sowie deren Export und Ausbringung konsequent als rücksichtslos ab.

1. Insbesondere das niederländische Gülleproblem darf nicht auf den Rücken der BürgerInnen gelöst werden.

2. Die Güllendüngung ist ab sofort auf ein vertretbares Maß zu reduzieren. Als vertretbar wird die Menge verstanden, die von den Böden und den darauf wachsenden Pflanzen aufgenommen werden kann, ohne dass Überschüsse in die Oberflächengewässer oder die tieferen Schichten des Grundwassers gelangen.

3. Die NRW-Piraten setzen sich ein für wirksame Maßnahmen gegen die weitere Belastung des Grundwassers. Gutes Grundwasser ist Voraussetzung für gutes Trinkwasser und muss daher vor den Folgen der Massentierhaltung auf beiden Seiten der Grenze geschützt werden.

4. Wir regen an, die Praxis der gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen und Kontrollen durch die Landwirtschaftskammern zu überprüfen und öffentlich zu machen.

5. Desweiteren plädieren die NRW-Piraten für striktere Kontrollen der aufgebrachten Düngermengen und die erhebliche Verstärkung von Kontrollmöglichkeiten, mit dem Ziel, illegale Transporte zu verhindern und eine bessere Übersicht über die importierten Güllmengen zu erhalten.

6. Wir setzen uns ein für die Weiterentwicklung von Technologien wie Trennung und Biogasproduktion.

1. Die Biogasproduktion führt zu weniger aufwändigen Transporten, die Streuung des Restdüngers benötigt keine so große und schwere Ausrüstung. Biogas ist eine nachhaltige Energiequelle, die zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes der Landwirtschaft beiträgt. Der Ausstoß von Methan und Lachgas wird durch die Gülleentgasung verringert, fossile Brennstoffe werden ersetzt.

2. Modernere Trennungsvorfahren können sich aus energetischer Sicht als noch effektiver erweisen

3. Beide führen dazu, dass Mikroorganismen und schädliche Rückstände in der Gülle minimiert werden.

Konflikte: 3.22

3.26 Green IT

Die NRW-PIRATEN setzen sich für eine ökologisch durchdachte Umsetzung von Green-IT Konzepten ein. Informations- und Kommunikationstechnologien finden sich an vielen Stellen im Alltag wieder und haben eine verwurzelte Infrastruktur in Deutschland. Mit dem Blick auf den Klimaschutz, sind die IT-Infrastrukturen energieeffizient zu betreiben. Das fängt beim Privathaushalt an und endet am PC-Arbeitsplatz im Großunternehmen. Neuanschaffungen müssen jeweils den aktuell höchsten Standards genügen. Wir werden eine eindeutige und einfach zu erkennende Kennzeichnung von IT-Geräten und -Dienstleistungen -vergleichbar den Energieeffizienzklassen bei Haushaltsgeräten- vortreiben

Konflikte: -

6 Verbraucherpolitik

6.1 Verbraucherschutz als neues Kernthema

Die NRW-Piraten wollen den Verbraucherschutz als neues Kernthema erschließen. Damit tragen sie zwei Sachverhalten Rechnung:

1. Ganzheitliche Umsetzungen mehrerer Kern- und Nebenthemen wie Datenschutz, Transparenz, der Freiheitsgedanke sowie stringente Lobbyismuskritik münden in logischer Konsequenz in Verbraucherschutz.

2. Die NRW-Piraten, die Politik für und nicht gegen die Gesellschaft fordern, haben die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Verbraucherschutzes erkannt und wollen sich dieser Herausforderung, der sich kaum eine andere Partei annimmt, stellen. Dabei sind sich die NRW-Piraten bewusst, gegen starke Lobbyverbände und Einflussnahme der Industrie und Anbieter angehen zu müssen. Im Verhältnis zwischen Hersteller, Vertreiber und Verbraucher ist letzterer in der Regel strukturell unterlegen. Dieses Ungleichgewicht sinnvoll auszugleichen ist Anliegen und Aufgabe des Verbraucherschutzes. Die NRW-Piraten streben an, den berechtigten Interessen der Verbraucher, zum Beispiel Datenschutz und Transparenz, insgesamt mehr Geltung zu verschaffen. Ein fundamental wichtiges Ziel auf diesem Weg sehen wir in der Verankerung des Verbraucherschutzes in der Landesverfassung. Das soll gewährleisten, Verbraucherschutz zum integralen Bestandteil jeglicher Politik zu machen, in dem Auswirkungen und Folgen geplanter Gesetze für Verbraucher beachtet und berücksichtigt werden. Darüber hinaus streben die NRW-Piraten eine nachhaltige, konstruktive Zusammenarbeit mit entsprechenden Verbraucherschutz-NGOs wie Verbraucherzentralen und anderen Organisationen an.

In einem gesamtgesellschaftlichen Umfeld, das für Verbraucher aufgrund immer weiter fortschreitender Privatisierungen und Liberalisierungen zunehmend undurchsichtiger wird, ist der Verbraucherschutz nicht adäquat mitgewachsen. Verbraucherinteressen sind bislang nur teilweise gesetzgeberisch berücksichtigt worden. Immer wieder ist eine Unterordnung der berechtigten Interessen der Verbraucher unter kommerzielle Gesichtspunkte festzustellen. Diesem Trend gilt es umzukehren, zum Beispiel durch Modifizierung bestehender und Verabschiedung neuer Gesetze. Das Parlament sowie die Regierung haben sich in erster Linie als Volksvertretung und nicht als Unternehmensinteressen-Vertreter zu verstehen und müssen dem entsprechend agieren. Dem Interesse des Gemeinwohls ist in soweit den Unternehmensinteressen gegenüber der Vorzug zu geben, wie es zur Herstellung einer Balance in dem strukturell- und mittelbedingten Ungleichgewicht erforderlich ist.

Von einem starken Verbraucherschutz profitiert auch die Wirtschaft: Eine Marktberreinigung durch Verschwinden der schwarzen Schafe aus dem Marktgeschehen ist ebenso willkommen wie eine Stärkung derjenigen Unternehmen, die sich unter dem Aspekt

des Verbraucherschutzes bewähren. Diese werden sich auch im internationalen Wettbewerb besser positionieren. Datenschutz und Transparenz sind fundamentale Bestandteile des Verbraucherschutzes. Sie genießen seitens der NRW-Piraten besonderes Gewicht. Eine signifikante Stärkung eines allumfassenden Verbraucherschutzes ist Ziel der NRW-Piraten.

Konflikte: -

6.2 Verbraucherschutz als neues Kernthema

Konkret wird die Umsetzung folgender Maßnahmen angestrebt. Ist eine landespolitische Umsetzung nicht möglich wird eine Initiative im Bundesrat auf bundespolitischer Ebene eingebracht.

Konflikte: -

6.3 Stärkung der Verbraucherpolitik: Verbraucherschutz als NRW-Landesverfassungsziel

Aufnahme des Verbraucherschutzes in die NRW-Landesverfassung mit der Maßgabe, Auswirkungen und Folgen geplanter Gesetze für Verbraucher zu beachten und hinreichend zu berücksichtigen. Also ein „Verbraucher-Check“ von Gesetzen.

Konflikte: -

6.4 Stärkung der Verbraucherpolitik: verbraucherpolitische Programmatik

Eine neue verbraucherpolitische Programmatik, die den Status quo mit den Rechten und Anforderungen der Verbraucher abgleicht und die moderne Verbraucherpolitik als Motor zukunftsfähiger Politikfelder im Bereich der Wirtschafts-, Gesundheits- und Rechtspolitik definiert.

Konflikte: -

6.5 Stärkung der Verbraucherpolitik: Lobbyistenverbot bei Gesetzesentwürfen

Ein rechtsverbindlicher Verhaltenskodex für den Einsatz externer Beschäftigter, sofern es sich um Unternehmensinteressenvertreter oder Lobbyisten handelt, welcher unter anderem die Mitarbeit an Gesetzesentwürfen und Vergabeverfahren gemäß der Forderung des Bundesrechnungshofes verbietet.

Konflikte: -

6.6 Stärkung der Verbraucherpolitik: Kompetenzzentrum Verbraucherforschung

Die Schaffung eines Kompetenzzentrums Verbraucherforschung, um einerseits durch die Vernetzung bestehender wissenschaftlicher Institutionen in NRW Synergieeffekte zu fördern und andererseits im Sinne von Transparenz die gewonnenen Erkenntnisse vergleichbar aufbereitet der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Konflikte: -

6.7 Stärkung der Verbraucherpolitik: standardisierte Beobachtungsinstrumente

Einrichtung standardisierter Beobachtungsinstrumente, die regelmäßig und systematisch die Märkte auf ihr Funktionieren aus Verbrauchersicht durchleuchten. Von der EU wird das vergleichbare Verbraucherbarometer bereitgestellt.

Konflikte: -

6.8 Verbesserung der Lebensmittelsicherheit

Verbesserung der Lebensmittelsicherheit durch alle auf Landesebene möglichen Maßnahmen, insbesondere die Ausweitung der Lebensmittelkontrollen in dem Umfang, wie es zur Gewährleistung einer hinreichend gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln erforderlich ist.

Konflikte: -

6.9 Transparenz im Gesundheitswesen: Erweiterung des Informationsfreiheitsgesetzes

Klarstellung im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes, dass Informationen über die Qualität von Leistungen und Einrichtungen, die bei der Behandlung von Patienten erhoben werden ein öffentliches, für alle frei zugängliches Gut darstellen, sofern sie keinen Personenbezug aufweisen.

Konflikte: -

6.10 Versorgungssicherheit und Transparenz auf den Energiemärkten: Transparenz der Angebots- und Vertragsgestaltungen

Eine Gesetzesinitiative, welche gewährleistet, dass der steigende Wettbewerb im Energiemarkt mit transparenten Angebots- und Vertragsgestaltungen einher geht. Dabei wird eine übersichtliche Vergleichbarkeit wesentlicher Unterscheidungskriterien, wie

Vertragslaufzeit, Preis, Preisanpassungsklauseln, Strom-Zusammensetzung, Kündigungs- und Verlängerungsfristen ebenso angestrebt, wie die Möglichkeit für den Verbraucher, seinen Energie-Dienstleister unkompliziert und mit wenig Aufwand binnen weniger Tage zu wechseln.

Konflikte: -

6.11 Versorgungssicherheit und Transparenz auf den Energiemärkten: Gründung neutraler Netzgesellschaften & mehr Wettbewerb

Die NRW-Piraten möchten die Vorschläge der Monopolkommission aufgreifen und sich für mehr Wettbewerb bei der Strom- und Gasversorgung einsetzen sowie die Gründung neutraler Netzgesellschaften unterstützen.

Konflikte: -

6.12 Transparenz beim Konsum: klare Energiekennzeichnung aller Verbrauchsgüter

Das Land NRW soll im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer klaren Energiekennzeichnung für alle Verbrauchsgüter analog der Effizienzklassen von Haushaltsgeräten einbringen.

Konflikte: -

6.13 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Ausweitung der Befugnisse des NRW-Datenschutzbeauftragten

Ausweitung der Befugnisse des NRW-Datenschutzbeauftragten zum Beispiel durch Vetorecht für Gesetze, die Datenschutz hinreichend missachten.

Konflikte: -

6.14 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Erforschung von sicheren Technologien

Die Erforschung von sicheren Technologien, Software und unternehmensinternen Abläufen. Datensparsamkeit und Datenvermeidung soll Ziel der Gestaltung und Auswahl von Datenverarbeitungssystemen sein.

Konflikte: -

6.15 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Reform des Urheberrechts

Das Land NRW soll im Bundesrat eine Reform des Urheberrechts initiieren,

* die die verbraucherfreundliche Neugestaltung des Urheberrechts und die Verankerung der Rechte der Nutzer an legal erworbenen Inhalten festschreibt. Dabei ist vor allem die Verhältnismäßigkeit bei der Verfolgung von Urheberrechtsverstößen zu wahren.

* die ein Recht auf Privat- und Sicherheitskopien gesetzlich verankert.

* die zur Streichung des generellen Verbots der Umgehung von Kopierschutzmechanismen führt, soweit es Privat- und Sicherheitskopien betrifft.

Konflikte: -

6.16 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Erweiterung des Datenschutzes

Das Land NRW soll im Bundesrat eine Initiative zur Erweiterung des Datenschutzes ergreifen, die zur angemessenen Anpassung an die Erfordernisse der digitalen Welt führt. Dabei sollen internationale Mindeststandards die effektive Durchsetzung gewährleisten.

Konflikte: -

6.17 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Gesetzesnovellierung zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung

Eine Initiative des Landes NRW im Bundesrat zur Novellierung des Gesetzes zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung mit der Maßgabe, dass Verträge, die im Rahmen eines unlauteren Werbeanrufs abgeschlossen werden, der schriftlich Bestätigung bedürfen um Rechtswirksamkeit zu erlangen.

Konflikte: -

6.18 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz (Information) und Bildung: Verbraucherbildung kinder&Jugendlicher

Die Einrichtung von Verbraucherbildungsangeboten in der Nachmittagsbetreuung von Ganztagschulen und in der offenen Jugendarbeit, zum Beispiel in Umwelt-AGs oder Schülerfirmen.

Konflikte: -

6.19 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz: Verbot von kostenpflichtigen Telefon-Warteschleifen

Verbot von kostenpflichtigen Telefon-Warteschleifen, weil trotz der über 2 Jahre alten Selbstverpflichtung der Industrie die früheren Missstände weiterhin bestehen.

Konflikte: -

6.20 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz (Information) und Bildung: Verbraucherbildung allgemein

Eine koordinierte Bund-Länder-Initiative zur Stärkung der Alltagskompetenz speziell von Kindern, Jugendlichen und Senioren. Zu den Kernaufgaben der Bund-Länder-Initiative gehören:

- * die bundesländerübergreifende Koordination der Verbraucherbildung,
- * die Formulierung bundesländerübergreifender Mindeststandards für die Verbraucherbildung,
- * die Sicherstellung der Einbindung von Verbrauchertemen in die Curricula der formalen Bildung aller Schulstufen und Schularten sowie in die vorschulische Bildung. Dazu gehört auch die verbindliche fachliche und didaktische Weiterbildung für Lehrkräfte.

Konflikte: -

6.21 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz (Information) und Bildung: Reform und Ausbau des Verbraucherinformationsgesetzes

Eine Initiative des Landes NRW im Bundesrat für eine umfassende Reform und Ausbau des Verbraucherinformationsgesetzes:

- * Schaffung von Transparenz der Ergebnisse der mit Steuergeldern finanzierten Lebensmittelkontrollen
- * Ausweitung des Anwendungsbereichs auf alle Produkte und Dienstleistungen
- * Verpflichtung der Behörden, die Öffentlichkeit aktiv und obligatorisch unter Namensnennung über Verstöße zu unterrichten.

Konflikte: -

7 Drogenpolitik

7.1 Grundlegende Absicht piratiger NRW-Drogenpolitik

Die bisherige internationale, nationale und landesweite Drogenpolitik ist in all ihren Zielen und Absichten gescheitert. Keines der erklärten Ziele konnte erreicht werden, sondern eine fortlaufende Verschlechterung auf allen Ebenen waren die Folge. Dies belegen sogar sämtliche Zahlen und Fakten aus Regierungskreisen und unseren Behörden selbst.

Wir, die Piraten des Landesverbands NRW, wollen endlich den nötigen Denkwechsel, eine Enttabuisierung, das Durchbrechen alter Lobbystrukturen und das Ablegen versteinertter Dogmen. So soll ein sinnvolles, sachliches Herangehen an diese Thematiken ermöglicht werden. Unsere Themen berühren an manchen Stellen auch Bundesrecht, jedoch wollen wir mittels Pilotprojekten und Versuchen auf Landesebene NRW zum Vorreiter machen für diese neue, sachorientierte Herangehensweise.

Konflikte: -

7.2 Gewährleistung des Datenschutzes in der Drogenpolitik

Die informationelle Selbstbestimmung ist auch im Bereich der Drogenpolitik zu gewährleisten.

Besonders große Firmen und Konzerne führen immer häufiger Einstellungstests mit einer medizinischen Kontrolle auf Drogenkonsum ein. Diese Tests werden den Bewerbern - die sich hierzu schriftlich einverstanden erklären müssen - indirekt aufgezwungen, weil sie bei Verweigerung keine Chance auf die Arbeitsstelle bekommen. Interessanterweise wird in diesen Tests Alkoholmissbrauch nichtmal abgefragt, obwohl dieser nachweislich die weitaus größeren Probleme im Arbeitsleben produziert.

Wir, die Piraten in NRW, wenden uns strikt gegen die Praxis vieler Firmen, Drogentests zum Standard bei Einstellungsverfahren zu machen. Diese Grauzone gilt es gesetzlich zu regeln, und den Firmen diese immer weiter verbreitete Vorgehensweise zu verbieten. Hierbei soll NRW ein Vorreiter sein und damit auch bundesweit ermöglichen das Bestreben der großen Firmen zu stoppen, ihre Mitarbeiter völlig zu durchleuchten.

Amtsmitarbeitern mit Bürgerkontakt ist es - auch ohne jede fachliche Qualifikation - erlaubt reine Vermutungen über einen möglichen Drogenkonsum in persönliche Akten einzutragen. Derartige Einträge werden in der Folge nicht mehr hinterfragt und können so zu enormen, ungerechtfertigten Hürden für die Betroffenen werden.

Die Praxis ungeschulter Mitarbeiter in Behörden, reine Vermutungen bezüglich eines 'Drogenkonsums' in persönliche Akten einzutragen und diese weiterzugeben, ist zu unterbinden.

Im Rahmen von Ermittlungen des LKA kommt es immer wieder dazu, dass Leute unschuldig des Konsums/Besitzes/Verkaufs von illegalen Drogen verdächtigt werden. Eine erkennungsdienstliche Behandlung findet hierbei oft in rechtlich fragwürdigem Rahmen statt. Die so festgestellten sehr persönlichen Daten müssen nach ergebnislos gebliebenen Ermittlungen umgehend wieder gelöscht werden. Dies wird heute leider nicht so praktiziert. Betroffene sind gezwungen mittels selbst bezahltem rechtlichen Beistand eine solche Löschung durchzusetzen.

Die NRW-Piraten pochen auf Löschung personenbezogener Daten wenn sich ein Verdacht nicht bestätigt. Eine weitere Verwendung der Daten, sowie die Weitergabe hat auf jeden Fall zu unterbleiben.

In staatlichen Hilfsprogrammen, z.B. bei der Methadon-Substitution, müssen teilnehmende Personen zur Erlangung der Krankenkassenleistung ihren behandelnden Arzt von jeder Schweigepflicht entbinden.

Diese beispiellose und entwürdigende Vorgehensweise ist aufzuheben.

Konflikte: -

7.3 Präventionspflicht an Schulen

Die Maßnahmen im Bereich der Drogenprävention an Schulen sind unzulänglich, und auch der Wissensstand des lehrenden Personals erweist sich oft als sehr gering.

Einzelne Pilotprojekte haben jedoch gezeigt, wie wichtig und nachhaltig eine gute Prävention bereits im Grundschulalter ist. Jedweder Erstgebrauch nahm in den teilnehmenden Gruppen gegenüber den Vergleichsgruppen sehr deutlich ab. Die hier erzielten Erkenntnisse und Erfolge tragen die Kinder wie selbstverständlich auch in die weiterführenden Schulen und ihren Freundeskreis. So wird für eine Multiplikation gesorgt, die Unterricht allein so kaum leisten kann.

Die NRW-Piraten regen an, auf der Basis solcher Beispiele mit Vorbildcharakter ein landesweit flächendeckendes Informations- und Aufklärungskonzept zu entwickeln. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf einheitliches und sachliches Lehrmaterial sowie eine vorbereitende Schulung des Lehrpersonals gelegt werden, um Bildungseinrichtungen einen kompetenten Unterricht zu ermöglichen. Auch externe Fachreferenten sollen Teil dieses Konzepts werden, um besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Lehrern und Schülern zu vertiefen. Grundgedanke und Ziel ist es Vorurteile gegen Wissen auszutauschen

Konflikte: -

7.4 Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken

Die Cannabispflanze enthält eine Reihe von Wirkstoffen, die ein hohes Potential zur medizinischen Nutzung haben. Von diesen Stoffen - sogenannten Cannabinoiden - gibt

es circa 60 verschiedene, die alle ein unterschiedliches Wirkungsprofil aufweisen. Diese Substanzen bieten Linderung und Heilung bei vielen schwerwiegenden Leiden und gerade auch bei Krankheiten wie z.B. Krebs, HIV, Tourette, Epilepsie, Schmerztherapie, Rheuma, Arthritis oder Multiple Sklerose, für die die klassische Schulmedizin keine abschließenden Behandlungsmöglichkeiten kennt.

Somit muß Cannabis enttabuisiert und von BtMG-Anlage I in Anlage III verschoben werden. Patienten, die auf die medizinische Nutzung von Cannabis angewiesen sind, soll der Zugang wie zu jeder anderen Arznei aus diesem Bereich ermöglicht werden. Außerdem werden so die Hürden, die eine zukunftsweisende Forschung in diesem Bereich verhindern, aus dem Weg geräumt.

Konflikte: -

7.5 Stärkung der Aufklärung von Patienten und Ärzten zu Medikamentenmissbrauch und -sucht

Der bisherige Fokus der Aufmerksamkeit der Drogen- und Suchtpolitik liegt in erster Linie im Bereich der illegalen Drogen. Zahlreiche verschreibungspflichtige Medikamente verfügen jedoch über ein ernstzunehmendes Missbrauchs- und Suchtpotential.

Nach aktuellen Studien sind in Deutschland 2 Mio. Menschen dauerhaft von einer Medikamentensucht betroffen. Ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Suchtproblematik ist daher die vermehrte Aufklärung der Patienten und im Besonderen auch der verschreibenden Ärzte. Wichtig hierbei ist die frühe Erkennung von gefährdeten und bereits abhängigen Patienten. Es ist heute gängige Praxis, Sedativa und ähnlichen Medikamenten mit hohem Suchtpotential auch für Kassenpatienten auf Privatrezepten zu verschreiben. Das macht eine Erfassung der Zahlen und Umsätze in diesem Bereich unmöglich. Sehr stark gefördert und dahingehend gesteuert wird diese Praxis besonders aus den Reihen der Pharmaindustrie, die hierbei im Zusammenspiel mit Ärzten ihre kommerzielle Interessen vertritt.

Die Krankenkassen spielen eine zentrale Rolle im Bereich des Monitorings unseres Gesundheitssystems. Die NRW-Piraten regen daher an, eine generelle Abrechnung aller Rezeptarten durch die Krankenkassen einzuführen, um das Monitoring der gefährdeten Gruppen im Gesundheitssystem nachhaltig zu verbessern. Ebenfalls können so aussagekräftige Studien über die Umsätze bei solchen Medikamenten erst ermöglicht werden. Zur Gewährleistung des Datenschutzes soll hierzu die Position einer Vertrauensperson innerhalb der Krankenkassen geschaffen werden, die nur bei deutlichen Auffälligkeiten detaillierte Daten heranziehen kann. Dieses Konzept soll auf Landesebene vorbereitet und getestet werden, und so Vorbildfunktion für die Bundespolitik zu haben.

Konflikte: 7.7

7.7 Stärkung der Aufklärung von Patienten und Ärzten zu Medikamentenmissbrauch und -sucht

Der bisherige Fokus der Aufmerksamkeit der Drogen- und Suchtpolitik liegt in erster Linie im Bereich der illegalen Drogen. Zahlreiche verschreibungspflichtige Medikamente verfügen jedoch über ein ernstzunehmendes Missbrauchs- und Suchtpotential.

Nach aktuellen Studien sind in Deutschland 2 Mio. Menschen dauerhaft von einer Medikamentensucht betroffen. Ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Suchtproblematik ist daher die vermehrte Aufklärung der Patienten und im Besonderen auch der verschreibenden Ärzte. Wichtig hierbei ist die frühe Erkennung von gefährdeten und bereits abhängigen Patienten. Es ist heute gängige Praxis, Sedativa und ähnlichen Medikamenten mit hohem Suchtpotential auch für Kassenpatienten auf Privatrezepten zu verschreiben. Das macht eine Erfassung der Zahlen und Umsätze in diesem Bereich unmöglich. Sehr stark gefördert und dahingehend gesteuert wird diese Praxis besonders aus den Reihen der Pharmaindustrie, die hierbei im Zusammenspiel mit Ärzten ihre kommerzielle Interessen vertritt.

Die NRW-Piraten setzen sich für die Erfassung der Verschreibung suchtgefährlicher Medikamente ein um, mit dieser Information behandelnde Ärzte bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Krankenkassen spielen eine zentrale Rolle in der Aufsicht des Gesundheitssystems und sollten befähigt werden problematische Verschreibungen zu erkennen und in Zusammenarbeit mit Ärzten anzugehen. Die NRW-Piraten regen weiterhin an, dass das Land NRW eine breit angelegte Aufklärungskampagne startet. Diese Aufklärung soll sich allgemein an verschreibende Ärzte und die Patienten richten, und ein Problembewußtsein schaffen. Darüber hinaus soll bei der Verschreibung von suchtgefährlichen Medikamenten verpflichtend ein aufklärendes Informations-Beiblatt zur Suchtproblematik ausgehändigt werden.

Konflikte: 7.5

7.6 Missbrauch von Jugendpsychopharmaka

Im Produktbereich 'Jugendpsychopharmaka' - beispielsweise dem bekannten Ritalin - gibt es einen rapide steigenden Missbrauch. Dies betrifft besonders Schulen, Universitäten, aber auch viele weitere Bereiche mit hohem Konzentrationsanspruch. Die eigentlich zur Behandlung von AD(H)S gedachten Mittel werden als Leistungssteigerungsdroge missbraucht und es entwickeln sich hier bereits Schwarzmärkte.

Diese Entwicklung gilt es zu stoppen, denn neben der gesundheitlichen Gefährdung der Nutzer ergibt sich hier auch eine starke Wettbewerbsverzerrung. Wird hier kein Einhalt geboten läuft die Gesellschaft Gefahr, Lernerfolge auch auf diesem Wege manipulierbar und abhängig vom finanziellen Hintergrund werden zu lassen.

Konflikte: -

8 Bürgerbeteiligung

11.1 Einleitung

Jeder Bürger, jede Bürgerin hat ein Recht, sich in die Politik einzubringen. Die NRW-Piraten stehen für eine Politik, bei der jeder mitmachen kann.

Konflikte: -

1.2 Einleitung

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, das Landes- und Kommunalwahlrecht zu modernisieren, damit die einzelne Bürgermeinung und -stimme wieder mehr Gewicht bekommt.

Konflikte: -

11.3 Einleitung

Die NRW-Piraten streben an, dass im repräsentativen demokratischen System NRW direktdemokratische Elemente wie Bürger- oder Volksentscheide vereinfacht und optimiert werden. Die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, über den Legislaturperiodenrhythmus hinaus jederzeit über politische Fragen abstimmen zu können. Wir stehen dafür ein, dass der Artikel 20 des Grundgesetzes konsequent umgesetzt wird, in dem die Staatsgewalt "vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeht.

Konflikte: -

11.4 Einleitung

Das Ausmaß der Beteiligungsrechte darf zu keiner Zeit von der jeweils aktuellen finanziellen Haushaltslage abhängig sein. Gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung sind zu jeder Zeit ein Grundrecht aller Bürger. Deswegen muss eine stabile Finanzierung der Kommunen garantiert werden.

Konflikte: -

11.5 Einleitung

Das kommunale Ehrenamt stellt hohe Ansprüche, inhaltlich wie zeitlich. Um Kommunalpolitikern ein Engagement neben Beruf und Privatleben zu ermöglichen, setzen sich die NRW-Piraten ein für die Erweiterung von Fortbildungsmöglichkeiten und flexiblen Arbeitszeitregelungen.

Konflikte: -

11.6 Wahlrecht - Kommunalwahl: Gegen Sperrklausel

Die NRW-Piraten stehen gegen die (Wieder-) Einführung einer expliziten Sperrklausel im Kommunalwahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Demokratie-Gedanken, wir befürworten aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen in den gewählten Gremien. Auch für kleine Parteien und Gruppen dürfen keine erheblichen Zugangshürden für den Einzug in die kommunalen Vertretungen geschaffen werden. Das Kommunalwahlgesetz darf keine einzige Wählerstimme abwerten.

Konflikte: -

11.7 Wahlrecht - Bürgermeister per Zustimmungswahl

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der Bürgermeister per Zustimmungswahl ermittelt wird. Bei dieser einfachen und leicht verständlichen Methode haben die Wähler die Möglichkeit, für beliebig viele Kandidaten zu stimmen, wählbar sind alle Kandidaten, die die dafür notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllen. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen. Vorteile der Zustimmungswahl sind: der beliebteste Kandidat gewinnt die Wahl, die strukturelle Benachteiligung von kleinen Parteien wird verringert, Konsensfindung und die Diskussionen an Sachthemen wird gefördert, mögliche Verzerrungen des Wählerwillens durch das Stichwahl-System werden ausgeschlossen. Eine aufwändige Stichwahl entfällt.

Konflikte: -

11.8 Wahlrecht - Bürgermeisterabwahl per Bürgerbegehren

Die Bürger in NRW können ihre Bürgermeister und Landräte wählen und abwählen. Allerdings kann ein Abwahl-Bürgerentscheid bisher nur auf Antrag einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Rates oder des Kreistages herbei geführt werden. Zukünftig sollen die WählerInnen auch selbst die Abwahl eines Stadt- oder Kreisoberhauptes einleiten können. Die Unterschriftenhürde für ein Bürgerbegehren zur Abwahl eines Bürgermeisters oder Landrats in NRW soll der bei Bürgerbegehren zu Sachfragen entsprechen. Auf die bei Bürgerentscheiden über die Abwahl von Bürgermeistern und Landräten geltende Zustimmungshürde für einen Abwahantrag soll in Zukunft verzichtet werden.

Konflikte: -

11.9 Wahlrecht - Kumulieren und Panaschieren

Die NRW-Piraten streben an, dass bei Landtags- und Kommunalwahlen das Wahlsystem Kumulieren & Panaschieren eingesetzt wird. Bei Kommunalwahlen erhalten die Wähler so viele Stimmen wie der Gemeinderat Sitze hat. Bei Landtagswahlen haben

die Bürger drei Stimmen, die sie innerhalb der Parteilisten an Kandidaten vergeben können. Es können Mandatsbewerber aller antretenden Parteien und Wählervereinigungen angekreuzt werden. Jedem Kandidaten können dabei bis zu drei Stimmen gegeben werden. Weiterhin soll es möglich sein, nur einer Partei seine Stimme zu geben. Wird die von der Partei aufgestellte Liste durch das so genannte Listenkreuz bestätigt, werden die Stimmen der Listenreihenfolge entsprechend auf die Kandidaten verteilt, bis alle Stimmen vergeben sind. Dabei kann der Wähler auch Kandidaten auf der angekreuzten Liste durchstreichen, diese erhalten dann keine Stimme. In den meisten anderen Bundesländern ist das Kumulieren & Panaschieren bei Kommunalwahlen bereits Realität und ermöglicht es den BürgerInnen, ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass NRW sich dieser Praxis anschließt.

Konflikte: -

11.10 Wahlrecht - Wahlalter

Das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten steigt. Dies führt dazu, dass diejenigen, die am längsten die Auswirkungen der politischen Entscheidungen zu tragen haben, in ihren politischen Verantwortungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Die NRW-Piraten wollen die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern. Das Wahlalter bei Landtagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Politisch interessierte Jugendliche sind sich der Verantwortung, die mit einer Wahl verbunden ist, bewusst.

Konflikte: -

11.11 Wahlrecht - Ausländerwahlrecht

Die NRW-Piraten engagieren sich für ein kommunales Wahlrecht für alle ausländischen Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir streben an, dass das Bundesland NRW sich im Bundesrat um eine Änderung des Grundgesetzes bemüht.

Konflikte: -

11.12 Bürgerentscheid - Einleitung

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wirken sich positiv aus auf eine aktive Teilnahme der Bürger am politischen Geschehen in ihrer Stadt. Die NRW-Piraten streben eine Änderung der Gemeindeordnung an, die die Erfolgchancen für Bürgerbegehren entscheidend verbessert und überflüssige Hürden abbaut:

Konflikte: -

11.13 Bürgerentscheid - Themenausschlüsse streichen

Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Streichung der Themenausschlüsse aus. Die Bürger müssen die wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Fragen mitentscheiden dürfen. Hierzu gehören sowohl Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind; die Aufstellung, Änderung, Ergänzung & Aufhebung von Bauleitplänen als auch Bürger- & Ratsbegehren über Abgaben & Gebühren.

Konflikte: -

11.14 Bürgerentscheid - Kostendeckungsvorschlag streichen

Bisher werden an Bürgerbegehren strengere Maßstäbe angelegt als an das Handeln der gewählten Vertreter im Rat. Die NRW-Piraten vertrauen den Bürgern auch in Finanzfragen und wollen den Zwang zum Kostendeckungsvorschlag streichen. Die Beteiligung der Wähler an der Ausgabenpolitik führt dazu, dass diese näher an den Präferenzen der Wähler ausgestaltet wird und dass eine geringere Verschuldung, eine effizientere Verwaltung und ein höherer Wohlstand erreicht werden können.

Konflikte: -

11.15 Bürgerentscheid - Sammlungsfristen streichen

Die Sammlung von Unterschriften sollte so lange gültig sein, wie in der Sache noch keine unveränderlichen Fakten geschaffen worden sind. Räte können auch noch nicht umgesetzte Beschlüsse jederzeit wieder aufheben, daher ergeben Sammelfristen für die Bürger keinen Sinn. Direkte Demokratie profitiert von Verfahren, die auf lange Zeiträume hin angelegt sind. Diese bieten größere Chancen auf eine ausreichende Diskussion um die besten Ideen und fördern die Meinungsbildungsprozesse.

Konflikte: -

11.16 Bürgerentscheid - Beteiligungsquorum

Die NRW-Piraten sprechen sich gegen ein Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden und für ein gestaffeltes Beteiligungsquorum aus. Eine niedrige Beteiligung liegt daran, dass es um eine einzige Sachfrage geht. Zur Abstimmungsteilnahme ist deshalb meist nur ein Bruchteil der an einer Wahl Teilnehmenden motiviert. Dies verringert aber nicht die Legitimation des Abstimmungsergebnisses. Bei einem Bürgerentscheid sei die gestellte Frage in dem Sinn entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern sich in Kommunen mit bis zu 100.000 Einwohnern mindestens 15 v.H. oder mit mehr als 100.000 Einwohnern mindestens 10 v.H.

der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Bei Ratsbürgerentscheiden entscheidet allein die Mehrheit der abgebenden Stimmen.

Konflikte: -

11.17 Bürgerentscheid - Faire Abstimmungsregeln

Nur praktikable und bürgerfreundliche Verfahren liefern repräsentative Ergebnisse und sorgen für eine breite Akzeptanz der Abstimmungsergebnisse. Hierzu gehören ausreichende Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Eine schriftliche Benachrichtigung der Bürger, eine ausreichende Anzahl von Abstimmungslokalen sowie die Möglichkeit zur Briefabstimmung sollen wieder Standards für lokale Abstimmungen in den Kommunen werden. Wahlen und Abstimmungen sind wichtige Bestandteile des politischen Grundrechts der Bürger auf politische Selbstbestimmung, denen eine entsprechende Achtung und Wertschätzung gebührt. Der Urnengang ist für viele Bürger ein wichtiges demokratisches Ritual, das niemandem vorenthalten werden sollte, andernfalls droht Bürgerentscheiden eine geringere öffentliche Aufmerksamkeit und damit eine niedrigere Abstimmungsbeteiligung. In der Praxis zeigt sich oft die Situation, dass jemand ein Bürgerbegehren grundsätzlich unterstützen will, aber nur eine Unterschrift leisten und aus Datenschutzgründen keine weiteren persönlichen Angaben machen möchte. Die NRW-Piraten schlagen vor, die Regelung bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften zur Wahlzulassung auch bei Bürgerbegehren anzuwenden. Durch offizielle Formblätter werden die potentiellen Unterstützer nicht weiter verunsichert.

Konflikte: -

11.18 Bürgerentscheid - Obligatorische Referenden

Die NRW-Piraten wollen obligatorische Referenden über die Gründung oder Schließung von gemeindlichen Eigenbetrieben, die Mitgliedschaft in Zweckverbänden oder den An- oder Verkauf von Unternehmensbeteiligungen in der Gemeindeordnung verankern. Obligatorische Bürgerentscheide schaffen Transparenz, Vertrauen und Mitentscheidungsmöglichkeiten in wichtigen kommunalpolitischen Fragen.

Konflikte: -

11.19 Bürgerentscheid - Ombudsperson

Unabhängig voneinander sollen Bürgerinitiativen und Bürgerbegehren einerseits, sowie Politik und Verwaltung andererseits über Verfahren von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid beraten werden. Eine Ombudsperson kann den vereinzelt konfrontativen Umgang von Bürgerbegehren und Gemeinden dahin gehend entschärfen, eine gemeinsame politische Streit- & Sachentscheidungskultur zu fördern. Des Weiteren können

dann landesweit die Erfahrungen vorangegangener Bürgerbegehren an andere Initiativen weitergegeben und erfolgreiche Begehren im Sinne einer "best practiceKultur dokumentiert werden.

Konflikte: -

11.20 Volksentscheid - Einleitung

Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid wirken sich positiv aus auf die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen in ihrem Bundesland. Seit 1950 haben die Bürger in NRW die Möglichkeit, sich mit Hilfe von Volksbegehren und Volksentscheid in die Landespolitik einzubringen. Im Jahr 2002 ist die Möglichkeit zur Durchführung einer Volksinitiative hinzu gekommen. Die Volksinitiative kann in der aktuellen Version jedoch kaum politische Wirkung erzeugen, viele qualitative Volksentscheide scheitern an Formalitäten. Die NRW-Piraten streben eine Änderung der Landesgesetze an, um die Erfolgchancen für basisdemokratische Abstimmungen entscheidend zu verbessern und überflüssige Hürden abzubauen:

Konflikte: -

11.21 Volksentscheid - Faire Abstimmungsregeln

Die NRW-Piraten setzen sich für eine Verbesserung der Volksinitiativen ein. Es soll ausdrücklich erlaubt sein, Unterschriftenlisten von den Initiatoren einer Volksinitiative an Interessenten zu verschicken, weiterzureichen oder im Internet zum Herunterladen bereitzustellen. Nicht nur von den Initiatoren benannte Berechtigte sollen Unterschriften sammeln dürfen. Die Volksinitiative soll zum Antrag auf die Durchführung eines Volksbegehrens gemacht werden können. Aktuell sind hierzu in NRW erneut 3.000 Unterschriften zu sammeln und diese als Zulassungsantrag zum Volksbegehren einzureichen. Des Weiteren befürworten die NRW-Piraten die Förderung der politischen Bildung junger Menschen und die Integration hier lebender Ausländer. Volksinitiativen sollen daher auch für Jugendliche ab 16 Jahren und Nichtdeutsche geöffnet werden. Zudem plädieren wir dafür, die Unterschriftenhürde auf 30.000 Unterschriften zu senken.

Konflikte: -

11.22 Volksentscheid - Finanzwirksame Volksbegehren

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, finanzwirksame Volksbegehren zuzulassen. Die Bürger sollen sich im Rahmen eines Volksbegehrens an der Ausgabenpolitik beteiligen dürfen. Sie haben somit die Möglichkeit, ihr Lebensumfeld bedürfnisorientiert mitzugestalten. Bisher sind Volksentscheide, die ausdrücklich Steuern, Kreditaufnahme oder den Haushalt zum Thema haben, von vornherein unzulässig. Die meisten politischen

Entscheidungen haben finanzielle Auswirkungen, die indirekt den Haushalt beeinflussen. Die NRW-Piraten streben an, dass Ausgaben ab einer bestimmten Höhe per Volksabstimmung verpflichtend bestätigt werden müssen.

Konflikte: -

11.23 Volksentscheid - Faire Unterschriftenhürde

Das Unterschriftenquorum beim Volksbegehren stellt sicher, dass das Interesse an der Abstimmungsfrage genügend breit ist und der Aufwand eines Volksentscheids sich lohnt. Mit zunehmender Größe eines Bundeslandes verringert sich aber der Anteil der Betroffenen und Interessierten in der Regel erheblich. Daher wollen wir die Unterschriftenhürde für Volksbegehren auf zwei Prozent senken.

Konflikte: -

11.24 Volksentscheid - freie Unterschriftensammlung

Die NRW-Piraten wollen eine freie Unterschriftensammlung für Volksbegehren ermöglichen. In NRW kann man nur in amtlichen Eintragungsstellen mit seiner Unterschrift ein Volksbegehren unterstützen. Die deutsche Kommunalebene in allen anderen Bundesländern sowie auch die Schweiz und Italien kennen ausschließlich die freie Unterschriftensammlung bei kommunalen Bürgerbegehren.

Konflikte: -

11.25 Volksentscheid - faire Sammelfristen

Die Sammelfrist für Volksbegehren ist in NRW mit nur acht Wochen sehr knapp bemessen. Die NRW-Piraten regen an, die Sammelfrist für Volksbegehren auf mindestens sechs Monate zu verlängern, um einer umfassenden öffentlichen Debatte über das betroffene politische Thema genügend Raum zu geben.

Konflikte: -

11.26 Volksentscheid - Gegen Abstimmungshürde

Damit ein Volksentscheid in NRW gültig ist, muss die Mehrheit der Abstimmenden mindestens 15 Prozent aller Stimmberechtigten betragen, dies sind fast zwei Millionen der gut 13 Millionen Stimmberechtigten. Die Beteiligung an Volksentscheiden ist meist niedriger als bei Wahlen. Daher sprechen sich die NRW-Piraten gegen eine Abstimmungshürde aus. Bei Wahlen geht es um eine Entscheidung über die Richtung der Gesamtpolitik in der nächsten Legislaturperiode, bei einem Volksentscheid lediglich um das "Ja oder Nein" zu einer einzigen Sachfrage. Zur Abstimmungsteilnahme ist daher meist nur ein Bruchteil der an einer Wahl Teilnehmenden motiviert. Bei Volksabstimmungen über

verfassungsändernde Volksbegehren bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Abstimmenden und einer Abstimmungsbeteiligung von mindestens 50 Prozent aller Stimmberechtigten. Mindestens 6,6 Millionen NRW-Bürger müssten also an einer Volksentscheid über eine Verfassungsänderung teilnehmen. Zum Vergleich: Die Beteiligung an der letzten Landtagswahl im Mai 2005 betrug 63 Prozent.

Konflikte: -

11.27 Volksentscheid - Verfassungsänderungen

Eine Verfassung regelt die Grundlage des Zusammenlebens aller Bürger. Sie schreibt die demokratischen Rechte der Bürger fest. Deshalb sollen die Bürger bei Änderungen ihrer Bürgerrechte die letzte Entscheidung treffen dürfen. Daher treten die NRW-Piraten für die Einführung obligatorischer Volksabstimmungen zu Verfassungsänderungen ein. Obligatorische Volksabstimmungen eröffnen die Möglichkeit eines besonders sachlichen und fruchtbaren öffentlichen Diskurses, da sie nicht unbedingt einer ideologischen Ecke oder Partei zugeordnet werden.

Konflikte: -

11.28 E-Government -Sinnvolle Systeme

E-Government bedeutet den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken in behördlichen Zusammenhängen. Es bietet die Möglichkeit der Vereinfachung und Durchführung von Prozessen der Information, Kommunikation und Transaktion a) innerhalb von Institutionen, b) zwischen staatlichen, kommunalen und sonstigen behördlichen Institutionen sowie c) zwischen Institutionen und einzelnen BürgerInnen und d) zwischen Institutionen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Erst durch eine prozessorientierte Organisation gestaltet sich E-Government effizient. Der Datenschutz genießt dabei die höchste Priorität. Die NRW-Piraten regen an, Anwendungen zu entwickeln und den kommunalen Verwaltungen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Motto effizient - sicher - vernetzt sollen Wirtschaftlichkeitsprüfungen einzelner Systeme vorangetrieben werden.

Konflikte: -

11.29 E-Government - OpenSource

In ausnahmslos allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in NRW, in den kommunalen Verwaltungen der Gemeinden, Städte und Landkreise und der beiden Landschaftsverbände wie auch in Landesbehörden werden jedes Jahr Kosten für Software-Lizenzen kommerzieller Hersteller anfällig. Dies gilt sowohl für Serversysteme als auch für Clientsoftware. Der weitaus größte Teil betrifft Standard-Office-Softwarepakete, Kommunikationssoftware und Betriebssysteme in über die Jahre gewachsenen Strukturen. Aufsetzend auf diese Software wurden in den Rechenzentren der öffentlichen Hand tausende

Spezialapplikationen und Formulare Systeme entwickelt. Open-Source-Anwendungssoftware und Betriebssysteme haben jedoch mittlerweile einen Stand erreicht, der in Reliability, Update-Frequenzen, Serviceoptionen sowie Betriebs- und Datensicherheit den kommerziellen Produkten in nichts nachsteht. Eine Migration der Verwaltungssoftware hin zu Open-Source-Anwendungen scheint auf den ersten Blick erstrebenswert, ist jedoch ihrerseits mit erheblichen Kosten verbunden. Andererseits kann durch eine solche Migration eine Stimulation des Arbeitsmarktes für IT-Fachkräfte erwartet werden. Die NRW-Piraten regen daher an, in einem Evaluationsprojekt Migrationsmöglichkeiten hin zu Open-Source-Lösungen im Hinblick auf ihre Durchführbarkeiten eingehend zu untersuchen, um gegebenenfalls Einsparpotentiale zu ermitteln und die Abhängigkeit der öffentlichen Hand von Anbietern kommerzieller Software zu reduzieren.

Konflikte: -

11.30 E-Government - Digitaler Behördengang

Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, die Dienstleistungen des Staates auch über digitale Behördengänge in Anspruch nehmen zu können. Entbürokratisierung und transparent dargestellte Verwaltungsprozesse müssen hierbei im Vordergrund stehen.

Konflikte: -

11.31 E-Government - E-Democracy-Systeme

Die Willens- und Meinungsbildung der Bürger soll durch E-Democracy gefördert werden. Online-Beteiligungsmöglichkeiten bieten neuen Formen der direkten Demokratie. Transparenz, Sicherheit und offene Schnittstellen sollen die Eckpfeiler dieser Systeme sein.

Konflikte: -

11.32 E-Government - Informationsfreiheit

Die NRW-Piraten streben an, dass allgemeine Informationen, Entscheidungen aller Gremien und Politiker, Protokolle und Videoaufzeichnungen möglichst aller Gremiensitzungen kurzfristig, dauerhaft und barrierefrei für jeden zur Einsicht bereit stehen. Des Weiteren soll die vollständige Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit gewährleistet sein.

Konflikte: -

11.33 E-Government - Aufklärung

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass sich die Landesregierung verpflichtet, die Bürger aktiv über ihre Beteiligungsmöglichkeiten aufzuklären. Des Weiteren ist Medienkompetenz fokussiert zu fördern.

Konflikte: -

11.34 E-Government - Online-Petitionen

Die NRW-Piraten streben an, dass Online-Petitionen auf Landesebene möglich und in der Verfassung verankert werden. Das Parlament darf die Fragen der Bürger und die aufgezeigten Missstände nicht unbeachtet lassen, erfolgreiche Petitionen sollen in einer Sitzung im Landtag behandelt werden. Zudem soll ein Vetorecht für legislative Beschlüsse des Landtags gelten.

Konflikte: -

11.35 E-Government - Einflussnahme auf politische Entscheidungen

Die NRW-Piraten stehen für die Schaffung von Möglichkeiten der effektiven Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet. Alle Bürger sollen in den Diskurs und die parlamentarische Arbeit einbezogen werden können.

Konflikte: -

11.36 E-Government - Liquid Democracy

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Konzepte und Systeme zur Stimmabgabe bei Wahlen und Referenden über das Internet evaluiert werden. Notwendiges Merkmal einer solchen Anwendung muss der uneingeschränkte und transparente Diskurs sein.

Konflikte: -

11.37 E-Government - Gegen Wahlmaschinen bei geheimer Wahl

Die NRW-Piraten lehnen den Einsatz von Wahlmaschinen bei einer allgemeinen geheimen Wahl entschieden ab.

Konflikte: -

9 Arbeit und Soziales

5.1 Lehrmittelfreiheit für ALG II-Empfänger

Das Schulgesetz NRW sagt aus, dass Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) von Zuzahlungen zu Lehrmitteln und Kosten für den Schulweg befreit sind. Es gibt jedoch kaum noch Sozialhilfeempfänger, Hilfeempfängern wird nun ALG II gezahlt. Dies ist im Gesetz bislang nicht berücksichtigt. Die NRW-Piraten setzen sich ein für die sofortige Befreiung auch für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV).

Konflikte: -

5.2 Abschaffung von Zeitverträgen im Öffentlichen Dienst

In den Arbeitsagenturen und ARGEen und in weiteren Bereichen der öffentlichen Hand werden ehemalige Arbeitslose als Mitarbeiter mit Zeitverträgen eingesetzt. Die Argumentation der freien Wirtschaft, dass Zeitverträge eine Voraussetzung sind, um flexibel auf die Wirtschaftslage reagieren zu können, greift für den öffentlichen Dienst nicht. Die NRW-Piraten wollen die Zeitverträge im öffentlichen Dienst abschaffen, bzw. sofort aussetzen. Existierende Zeitverträge sollen in unbefristete Arbeitsverhältnisse überführt werden.

Konflikte: -

5.3 Aussetzung von 1-Euro Jobs auf Landesebene

Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, die Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) auf Landesebene auszusetzen und stattdessen die Einführung von wirklich qualifizierenden Maßnahmen zu fördern, die zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt führen.

Konflikte: -

5.4 Qualifizierung von Arbeitslosen für Bildung und Ausbildung

Arbeitslose mit abgeschlossener Ausbildung und entsprechender Berufserfahrung müssen sollen nach Auffassung der NRW-Piraten durch geeignete Maßnahmen für den Einsatz in Bildung und Ausbildung qualifiziert werden, sofern sie es wünschen und persönlich dazu geeignet sind.

Konflikte: -

5.5 Patienten-Selbstbestimmung bei Krankenkassen-Rabattverträgen

Statt der Rabattverträge zwischen einzelnen Firmen und Krankenkassen stehen die NRW-Piraten beim Verkauf von Medikamenten für die Einführung eines an die jeweiligen Bereitstellungskosten angepassten Maximalpreises, um dem Patienten eine Wahlmöglichkeit seiner Medikamentierung zu ermöglichen.

Konflikte: -

5.6 Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen mit Landesmitteln

Die NRW-Piraten setzen sich ein für die schnellstmögliche Bereitstellung von Finanzmitteln zur Stärkung der lokalen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen für Beratungsgespräche. Dies kann nach dem Beispiel der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen erfolgen. Als Voraussetzung für die Förderung muss Hilfeempfängern die Möglichkeit gegeben sein, Arbeitsverträge vor Unterschrift dort prüfen zu lassen.

Konflikte: -

5.8 Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen mit Landesmitteln

Nach Auffassung der Piratenpartei ist schnellstmöglich ein Finanztopf einzurichten (ähnlich der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen) um die lokalen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen für Beratungsgespräche zu stärken. Als Voraussetzung für die Förderung muss Hilfeempfängern die Möglichkeit gegeben sein, etwaige Verträge vor Unterschrift dort prüfen zu lassen.

Konflikte: -

5.7 Einrichtung von Sozialschiedsstellen

Die NRW-Piraten regen an, dass das Land für die zügige Bearbeitung von Einsprüchen und zur Entlastung der Sozialgerichte unabhängige Schiedsstellen einrichtet, die verbindliche Schiedssprüche für beide Vertragspartner erwirken können, ohne den normalen Gerichtsweg zu beeinflussen.

Konflikte: -

10 Gesundheitspolitik

4.1 Freier Zugang zu medizinischen und pharmazeutischen Fachdatenbanken

Die aktuelle Gesetzgebung im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums behindert für Laien den freien Zugang zu vielen Fachdatenbanken. Besonders im Gesundheitssektor gibt es eine stetig wachsende Anzahl an Personen, die sich tiefergehend mit ihrer Krankheit beschäftigen möchten, es jedoch wegen fehlendem Zugang zu Informationen nicht können. Wir setzen uns deshalb für einen ungehinderten Zugang zu den gängigen Fachdatenbanken ein.

Konflikte: -

4.2 Veröffentlichungspflicht für medizinische und pharmazeutische Studien

Die forschenden pharmazeutischen Firmen sind zur Zeit nicht zur vollständigen Veröffentlichung von Studien gezwungen. Bisher existieren nur Selbstverpflichtungen und Absichtserklärungen seitens der Industrie. Zur Zeit ist es gängige Praxis von einer klinischen Studie ungünstige Teilaspekte zu verschweigen oder durch nachträgliche Änderung des Studiendesigns die Studie positiver erscheinen zu lassen.

Im Sinne eines auf das Wohl des Patienten ausgerichteten Gesundheitssystems muss es eine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung aller Studiendaten auf frei zugänglichen Portalen geben.

Forschungen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, müssen unter den offenen Lizenzen CC-BY-SA oder CC-BY-NC veröffentlicht werden. Die Ergebnisse müssen der deutschen Bevölkerung auf Anfrage zugänglich sein.

Konflikte: -

4.3 Privatisierung der Krankenhäuser

Generell ist zu befürchten, dass bei einer Privatisierung der Krankenhäuser nicht mehr die Gesundheit des Patienten das Hauptinteresse ist, sondern der zu erzielende Gewinn. Finanziell uninteressante Patienten werden nicht oder nur ungerne versorgt.

Eine weitere Konsequenz dieser marktwirtschaftlichen Denkweise sind eine Abnahme von Personal und eine Zunahme schlechterer Arbeitsbedingungen. Mit einer Privatisierung der Krankenhäuser können und werden Tarifverträge und -löhne einzelner Berufsgruppen umgangen. Zu der Abnahme im Personalbereich kommt, dass die Krankenhäuser in wenig attraktiven Lagen, wie ländlichen Gegenden, keinen privaten Träger mehr

finden und daher geschlossen werden. Die ohnehin schon durch Ärztemangel gekennzeichneten Gebiete würden noch stärker unterversorgt. Auch im Bereich der Unikliniken ist zu befürchten, dass bei einer Privatisierung der Krankenhäuser der Forschungs- und Lehrbereich im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit beschnitten wird. Die Privatisierung der Krankenhäuser führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals, einer Verschlechterung der flächendeckenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung, einer Abnahme der medizinischen Forschung und zu einer Förderung der Zwei-Klassen-Medizin. Deshalb setzen sich die NRW-Piraten dafür ein, dass die öffentlich geführten Krankenhäuser soweit gestärkt werden, dass der Weg in die Privatisierung nicht notwendig ist.

Konflikte: -

4.4 Pflegekräftemangel vs. demografischer Wandel

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes wurden Männer im Jahr 1998/2000 im Schnitt 79 Jahre und Frauen 83 Jahre alt. Im Jahr 2050 werden sich diese Zahlen verschoben haben. Erwartet wird eine durchschnittliche Lebenserwartung für den Mann von 83,7 Jahren und Frauen von 88,2 Jahren. Dieser Entwicklung, die mit einem erhöhten Bedarf an Pflegekräften einhergeht, steht der allgemeine Abbau der Pflegestellen gegenüber. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.

Konflikte: -

4.5 Pflegeausbildung

Die Auszubildenden in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden aufgrund des Arbeitskräftemangels oft als volle Arbeitskraft eingesetzt, anstatt angelernt zu werden, wie es im Ausbildungsvertrag vorgesehen ist. Um die Finanzierung der Krankenpflegeausbildung weiterhin zu gewährleisten, muss diese zusammengelegt werden mit der Ausbildung zur Kinderkrankenpflege und zur Altenpflege. Die zunächst gemeinsame Ausbildung mit späterer Spezialisierung erfolgt an Berufsschulen in NRW. Während der praktischen Ausbildung sollen die Auszubildenden die Möglichkeit haben, die Arbeit in Krankenhäusern, Altenpflegeheimen, ambulanten Pflegeeinrichtungen, Hospizen und Psychiatrien kennenzulernen und hier die Basis zu schaffen, als qualifizierte Pflegekraft nach der Ausbildung einen Pflegeberuf zu ergreifen.

Konflikte: -

4.6 Imageverbesserung in der Krankenpflege

Der Beruf der Pflegenden ist in der Bevölkerung unattraktiv. Das ist begründet durch die Arbeitszeiten, die hohen psychischen und physischen Belastungen und die nur unzureichend vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen sich die NRW-Piraten

dafür ein, dass das Weiterbildungsangebot für Pflegende erweitert und vom Land NRW finanziell gefördert wird. Das erhöht die Professionalität der Pflegenden und verbessert das Image des Pflegeberufes in Kombination mit der verbesserten Ausbildungssituation und der Umwandlung des Pflegestellenabbaus.

Konflikte: -

4.7 U-Untersuchungen für Kinder

Kinder werden ab der Geburt regelmäßig einem Kinderarzt vorgestellt, um mögliche Fehlentwicklungen des Kindes frühzeitig zu erkennen. Die regelmäßigen Untersuchungen enden mit dem Übergang zur Schule. Deshalb wollen die NRW-Piraten, dass zwischen dem 5. und dem 14. Lebensjahr im jährlichen Rhythmus U-Untersuchungen durchgeführt werden. Die U-Untersuchungen vor dem 5. Lebensjahr und die J-Untersuchungen nach dem 14. Lebensjahr sollen nach der bisherigen Regelung beibehalten werden.

Konflikte: -

4.8 U-Untersuchungen verpflichtend machen

In einer nicht unerheblichen Zahl von Elternhäusern sind die Eltern nicht in der Lage, sich angemessen um ihre Kinder zu kümmern. Durch Überlastung und Überforderung entstehen Probleme wie Verwahrlosung und Gewalt gegen Kinder. Die Gesundheitsvorsorgeuntersuchung muss bis zum 18. Lebensjahr fortgeführt werden. Die NRW-Piraten wollen sicherstellen, dass die Untersuchungen wahrgenommen werden.

Konflikte: -

4.9 Erste Hilfe

Die NRW-Piraten planen ein Programm zur Förderung von Ersthelfermaßnahmen. Es reicht nicht, einmal im Leben an einer Schulungsmaßnahme in lebensrettenden Sofortmaßnahmen teilzunehmen.

Wir wollen daher, dass Erste Hilfe in die Schulprogramme für Schülerinnen und Schüler zwischen 10 und 16 Jahren zum Beispiel im Rahmen von Projekttagen aufgenommen wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung und Förderung von Schulsanitätsdiensten ein, die auf freiwilliger Basis beruhen und das Verantwortungsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler fördern. Die bereits bestehenden Angebote der Ersten Hilfe sollen für Interessierte kostenfrei angeboten werden.

Konflikte: -

4.10 Schule macht Krank?!

Schüler und Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen im Land sind täglich Belastungen ausgesetzt, die durchaus mit denen eines Arbeitnehmers im Büroumfeld zu vergleichen sind. Trotz der absehbaren Folge- und Spätschäden für die Gesundheit werden Probleme nicht gelöst und mit dem Hinweis auf die desolate Finanzlage abgewiesen. Einklagbare Vorgaben, wie sie bereits bei Arbeitnehmern existieren, gibt es nicht.

Das hat zur Folge, dass sowohl dem Gesundheits- als auch dem Sozialsystem in großem Umfang Lasten entstehen. Für die Schüler und Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen sind daher verbindliche Vorgaben über die Arbeitsbedingungen zu erstellen. Diese sollen sich an den Arbeitsplatzrichtlinien für Arbeitnehmer im Büroumfeld orientieren, jedoch an die besonderen Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Das kann in Form einer Berufsgenossenschaft Lernen erfolgen, die dann sowohl Kontrollinstanz als auch Ansprechpartner im Konfliktfall ist.

Konflikte: -

11 Open Access

13.1 Präambel

Nordrhein-Westfalen ist einer der zentralen Wissenschaftsstandorte in Europa. In dieser Position hat das Land auch eine wichtige Vorbildfunktion.

Die NRW-Piraten sind der Überzeugung, dass aus öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeit auch der Öffentlichkeit zugute kommen muss. Noch immer sind aber viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung bei Verlagen erhältlich, obwohl dank moderner Technologien die Reproduktion der Werke praktisch kostenfrei erfolgen kann.

Diese Problematik ist auch vielen Wissenschaftlern bewusst. Daher gehen sie zunehmend dazu über, ihre Arbeiten als so genannte Open-Access-Veröffentlichungen dauerhaft kostenfrei zugänglich zu machen. Das wollen wir auch in Nordrhein-Westfalen unterstützen, denn ein erleichterter Zugang zu Wissen führt zu einer erfolgreicherer Forschung, mehr Innovation und entfaltet somit eine Wohlstand fördernde Wirkung. Daher heißt Open Access für uns: Wissenschaftliche Arbeit, die im wesentlichen aus öffentlicher Hand finanziert wird und die daraus resultierenden Veröffentlichungen müssen für alle Menschen kostenfrei und einfach zugänglich sein.

Konflikte: -

13.2 Infrastruktur für Open Access

Um das zu ermöglichen, muss eine Infrastruktur geschaffen werden. Diese Aufgabe wird heute vorrangig von etablierten Verlagen übernommen. Für Open-Access-Veröffentlichungen entwickeln sich entsprechende Mechanismen erst langsam, meist in loser Kooperation von Bibliotheken und Universitäten. Diese Entwicklung wollen wir auch finanziell fördern. Ziel soll es sein, dass jede Universität und Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen eine eigene, digitale Bibliothek (ein sogenanntes "Repository") für frei zugängliche Veröffentlichungen einrichtet, in der ihre Publikationen Platz finden. Das verhindert eine Zersplitterung in zu unübersichtliche Untereinheiten und gewährleistet gleichzeitig eine gute Informationsabdeckung.

Konflikte: -

13.3 Universitätsnahe Umsetzung

Um die Anwenderfreundlichkeit, die Akzeptanz sowie die Verwendungsmöglichkeiten der digitalen Bibliotheken zu garantieren, ist es unerlässlich, einheitliche Software-Schnittstellen zu schaffen. Das gewährleistet eine Vernetzung der Bibliotheken zwischen den einzelnen Universitäten und Fachhochschulen, um die Verfügbarkeit und Auffindbarkeit von

Wissen vor Ort zu erhöhen. Solche freien Software-Lösungen existieren bereits. Jedoch sehen die NRW-Piraten noch viel Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Standardisierung und Vernetzung dieser Bibliotheken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Land NRW die Weiterentwicklung von Software für digitale Bibliotheken als Forschungsprojekt ausschreibt und dieses möglichst universitätsnah umsetzt.

Konflikte: -

13.4 Offene Dateiformate

Um die nachhaltige Verfügbarkeit der in den digitalen Bibliotheken gespeicherten Informationen und die Unabhängigkeit von Interessengruppen sicherzustellen, sprechen sich die NRW-Piraten für eine Nutzung offener Datenformate aus.

Konflikte: -

13.5 Abbau von Zugangsbeschränkungen

Die NRW-Piraten wollen die Zugangsbeschränkungen für Bibliotheken abbauen. Zurzeit finden sich in den digitalen Bibliotheken hauptsächlich Doktorarbeiten und vergleichbare Ergebnisse. Diplomarbeiten, Hausarbeiten und Ähnliches werden nicht gespeichert und stehen damit auch nicht für die Recherche zur Verfügung. Da die Veröffentlichung in diesen Bibliotheken praktisch kostenfrei ist, braucht hier nicht gespart zu werden. Dieses Vorgehen führt zu einem unnötigen Verlust an Wissen. Viele junge Wissenschaftler kommen zu spät mit den digitalen Bibliotheken in Kontakt. Daher setzen wir uns für die Öffnung dieser Bibliotheken ein.

Konflikte: -

13.6 Open Access und Mittelvergabe

Ein weiterer Punkt, durch den die NRW-Piraten die Verbreitung von Open Access in Nordrhein-Westfalen fördern wollen, ist die Beurteilung von Anträgen auf Forschungsgelder. Wir setzen uns dafür ein, dass zur Beurteilung von Mittelvergaben durch das Land solche Publikationen bevorzugt bewertet werden, die auch öffentlich verfügbar sind.

Konflikte: -

12 Kultur

31.1 Förderung von Bürgerfunk und Rundfunkprojekten im Allgemeinen

Der Bürgerfunk in NRW unterscheidet sich sehr stark vom Bürgerfunk der anderen Bundesländer. Es existieren in NRW keine offenen Radiokanäle auf regionaler Ebene. Es gibt darüber hinaus lediglich die Pflicht der Lokalradios, Bürgerfunk aus zu strahlen. Die technischen Rahmenbedingungen zur Verbreitung des Bürgerfunks sind dadurch im Allgemeinen hervorragend. Andererseits steht nur eine sehr geringe Sendezeit zur Verfügung.

Eine Förderung für die Radiowerkstätten, oder die gesendeten Beiträge durch die Landesanstalt für Medien, findet nicht statt. Lediglich Schulprojekte und Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsangeboten werden unterstützt.

Deshalb regen wir an, dass die Landesanstalt für Medien eine Sockelförderung von Bürgerfunkstudios anstrebt, damit diese ihre laufenden Kosten besser bewältigen können.

Die NRW-Piraten setzen sich ebenfalls für eine Förderung einzelner, öffentlicher Studios ein, die gemeinnützig betrieben werden. So hat jeder Bürger, jede Bürgerin die Möglichkeit und das Recht, eigene Sendungen produzieren zu können.

Bei der Novellierung des Landesmediengesetzes im Jahr 2007 wurden fremdsprachige Sendungen im Bürgerfunk untersagt. Dies stellt in unseren Augen einen Mangel dar. Gäste und Migranten sollten auch Sendungen in Ihrer Muttersprache hören können. Sendungen könnten zweisprachig, in deutscher und in einer anderen Sprache, produziert werden. So können deutsche Zuhörer Sendungen in ihrer Sprache verfolgen und Migranten und Gäste in ihrer Sprache zuhören. Dies unterstützt darüber hinaus die Möglichkeit, eine andere Sprache kennen und verstehen zu lernen. Die NRW-Piraten regen an, die Begrenzung auf Maximal eine Stunde Sendezeit pro Tag aufzuheben.

Konflikte: -

31.2 Förderung des Bürgerfunks über Neue Medien

Der Bürgerfunk soll neben dem klassischen Modell der Sendezeit auf lokalen Rundfunksendern zusätzlich über neue Kommunikationswege gefördert werden. Das Internet bietet eine gute Möglichkeit, Sendungen zu verbreiten. Sendungen des Bürgerfunks sind länger abrufbar und für eine größere Zielgruppe zugänglich. Eine Beschränkung auf ein regionales Gebiet entfällt.

Die NRW-Piraten wollen daher die Möglichkeiten einer Realisierung zu überprüfen und bei Umsetzbarkeit eine zusätzliche Verbreitung von Bürgerfunk über das Internet anstreben. Das stellt eine Ergänzung zu den Bemühungen dar, Online-Streams anzubieten. Der Bürgerfunk erhält hierdurch eine komplett eigene Plattform, um auch Sendungen

anderer Regionen zu bewerben und zu präsentieren. Die Plattform ist ebenfalls nutzbar für die regional übergreifende Förderung von Nachwuchskünstlern, die Sendungen im Bürgerfunk präsentieren.

Konflikte: -

31.3 Förderung von Sprachkultur im Radio

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Auftrag, sich um die Minderheiten in der Gesellschaft zu kümmern. Hierzu zählen auch sprachliche Randgruppen, Immigranten und Gäste aus anderen Ländern.

Diesem Auftrag kamen die öffentlich-rechtlichen Radiosender lange Zeit nach. Im Jahr 2010 hat der WDR, der mit dem Funkhaus Europa einen der wenigen aktiven, multilingualen Sender in Deutschland betreibt, beispielsweise die Sendezeiten in türkischer Sprache gekürzt. Im heutigen Angebot der Radiostationen finden sich bundesweit zunehmend weniger mehrsprachige Programminhalte. Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk den bisherigen Anteil an fremdsprachlichen Inhalten nicht nur beibehält, sondern ausbaut. So kann eine kulturelle und sprachliche Vielfalt gewährleistet werden, die in der EU Grundrechtcharta festgelegt ist: „Die Europäische Union respektiert die sprachliche Vielfalt.“

Konflikte: -

31.4 Produktion von Radiohörspielen und Serien

Radiohörspiele und Serien gehören zu den traditionellen Unterhaltungsformen der Medien. Es bieten sich außerdem die Übertragungen von Theaterstücken, Literaturlesungen, Gameshows, Talkformate oder Comedyshows an. Das Radio ist ebenfalls gut geeignet, um speziell konzipierte Fortsetzungsgeschichten zu präsentieren. Im WDR gibt es bereits auf verschiedenen Kanälen ein Angebot für solche Formate. Diese sollten beim WDR mindestens im derzeitigen Ausmaß beibehalten oder sogar ausgebaut werden. Diese Sendungen sollten außerdem als Podcasts zum Download angeboten werden.

Konflikte: -

31.5 Förderung von Nachwuchskünstlern im Radio

Das Radio ist noch immer das wichtigste Medium im Bereich Musik und Sprachbeiträge. Oft ist es schwer als Künstler im Radio gesendet zu werden. Die NRW-Piraten wollen, dass der WDR nach Vorbild des Hessischen Rundfunks eine Internetcommunity schafft. Über einen dafür eingerichteten Kanal können Nachwuchskünstler Beiträge einstellen. Die Nutzer der Plattform erhalten die Möglichkeit, Beiträge zu bewerten. Hierdurch kann ein Künstler bei den Nutzern bekannt werden. Eine Redaktion kann aus den Beiträgen

eine wöchentliche Auswahl zusammenstellen und in einer Sendung vorstellen. So werden unbekannte Künstler gefördert.

Konflikte: -

31.6 Mehr Mitgestaltung durch Hörer im Radio

Die Mitgestaltung des Radioprogramms ist für Hörer sehr schwierig. Kontakt zu laufenden Sendungen ist meist nur über Telefon, E-Mail oder Kontaktformulare auf Webseiten möglich. In anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt es modernere Kommunikationsmittel, die eine Reaktion auf das laufende Programm ermöglichen. So können zum Beispiel Musikwünsche über Webformulare eingesendet werden oder wöchentliche Hörercharts gewählt werden, die dann einmal pro Woche präsentiert werden.

Eine interaktive Plattform durch die Nutzung moderner Medien hilft dabei, die Hörer besser an der Programmgestaltung zu beteiligen. So könnte ein Internetforum oder ein Webchat ein nützliches Werkzeug sein, um dem Hörer mehr Möglichkeiten der Rückmeldung und Mitbestimmung zu geben. Dies würde den Moderatoren und dem Sender ermöglichen, eine zeitnahe Rückmeldung durch die Hörer zu erhalten. Die NRW-Piraten regen daher an, die Onlineportale des WDR um moderne Kommunikationsmöglichkeiten zu erweitern.

Konflikte: -

31.7 Förderung von Museen und Kunstsammlungen

Museen bieten eine Möglichkeit den Horizont zu erweitern, Neues kennenzulernen, zu lernen und Spaß zu haben. Es ist von großer Bedeutung, dass Museen gefördert werden, da sie sowohl Bildung als auch Freizeit gestalten können. Jeder Mensch muss barrierefreien und erschwinglichen Zugang zu Museen haben können. Schülerinnen und Schüler beziehungsweise deren Schulen sollen Museumsbesuche besser bezahlen können, damit eine bessere Förderung junger Bürger erfolgen und ihnen Wissen und Kultur näher gebracht werden. Das kann durch eine Förderung des Landes, kostenlose oder stark verbilligte Eintritte erreicht werden.

Konflikte: -

31.8 Digitalisierung von Büchern

Die Landesbibliotheken enthalten einen großen Umfang an Wissen und kulturellen Werken. Einige der Werke sind rar und an einigen Standorten gar nicht vorhanden.

Eine Lösung ist die Digitalisierung der entsprechenden Werke. Das stellt diese Kulturgüter einem größeren Teil der Gesellschaft zur Verfügung.

Die NRW-Piraten fordern die Digitalisierung der Werke, die in den Landesbibliotheken vorhanden sind, und die nicht mehr durch Verwertungsrechte geschützt oder vergriffen sind. Die Werke sollen unter einer freien Lizenz veröffentlicht und somit der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden.

Konflikte: -

31.9 Bessere Ausstattung von Bibliotheken

Die Piratenpartei strebt an, die Finanzmittel für Bibliotheken zu erhöhen und ein breiteres Spektrum an Werken bereitzustellen.

Die Literatur ist eine wichtige Form der Kultur. Das kulturelle Angebot muss ständig erweitert und für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Konflikte: -

31.10 Förderung, Austausch und Vernetzung von Nachwuchskünstlern

Es gibt in den meisten Städten und Regionen Laientheater-Spielgruppen, Nachwuchsmusiker und sonstige kreativ engagierte Mitbürger. Für diese ist keine staatliche Förderung vorgesehen, lediglich einige Leuchtturmprojekte erhalten Förderung vom Land oder den Kommunen. Förderung muss nicht zwingend über ein finanzielles Budget geschehen. Stattdessen können für den kreativen Nachwuchs Präsentationsflächen und Proberäume in staatlichen und kommunalen Immobilien zur Verfügung gestellt werden. Es ist sinnvoll, eine Datenbank aufzubauen, die eine Übersicht über verfügbare Räumlichkeiten bietet.

Eine überregionale Vernetzung von Künstlern und Künstlergruppen ermöglicht diesen, ihre Kunst einem breitem Publikum zu präsentieren und mit anderen Künstlern gemeinsame Projekte zu gestalten. Das Publikum erhält so ebenfalls ein breites Spektrum an Kunstangeboten. Diese Vernetzung soll vom Land NRW gefördert werden. Die NRW-Piraten wollen eine "Kulturlandkarte für NRW umsetzen. Betreibern kultureller Einrichtungen soll ermöglicht werden, sich zentral in eine Landkarte einzutragen. Regionale und überregionale Vernetzung wird so ermöglicht.

Konflikte: -

31.11 Förderung von kreativen Fähigkeiten

Die frühzeitige Förderung von Interessen bei Kindern und Jugendlichen ist derzeit noch nicht optimal ausgebaut. Gerade hier müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert werden.

Die NRW-Piraten wollen daher Konzepte nach Vorbild von "Jedem Kind ein Instrument fördern und auf andere künstlerische Themenfelder ausweiten. Wir setzen uns für

die Verbesserung der Angebote für Kinder und Jugendliche ein. Insbesondere wollen wir die Förderung junger Talente und deren Fähigkeiten in Vereinen, Organisationen, Verbänden und Schulen verbessern.

Konflikte: -

31.12 Freie Lizenzen fördern

Freie Lizenzen bieten Künstlern eine Möglichkeit, ihre Werke einfach und flexibel und ohne bürokratischen oder finanziellen Aufwand nach eigenen Wünschen zu schützen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Creative Commons Modell, das sich zunehmender Beliebtheit erfreut.

Frei lizenzierte, kulturelle Inhalte sind durch ihren meist kostenfreien Erwerb einem breiten Publikum zugänglich und nicht mit größeren Investitionen für den kulturell interessierten Bürger verbunden. Hohe Preise im Tonträger- oder Buchhandel sind eine Hemmschwelle für Bürger mit wenig Geld. Frei lizenzierte Kulturinhalte sind für Privatpersonen nur dann mit Kosten verbunden, wenn diese physisch erworben werden. Die NRW-Piraten wollen daher freie Lizenzen thematisieren und fördern. Das kann im Rahmen gezielter Veranstaltungen oder Radio- und Fernsehproduktionen geschehen.

Konflikte: -

31.13 Förderung von (digitalen) Spielen als Kulturgut

Computerspiele, klassische Spiele wie Brett-, Karten- aber auch Rollenspiele oder das elektronisch unterstützte Geocaching und auch Sportspiele wie z.B. Paintball sind Kulturgüter und sollten als solche gefördert werden. Spielen fördert unabhängig vom Medium stets Lernprozesse und Kommunikation, Vernetzung und soziale Interaktion. Spiele werden nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen als Freizeitaktivität wahrgenommen. Sowohl Computerspiele als auch Actionsportarten sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Nutzung moderner Medien baut soziale sowie nationale Grenzen ab und fördert mit Online-Spielen das gegenseitige Verständnis. Computerspiele ermöglichen es Künstlern, neue Ausdrucksformen jenseits der klassischen Medien zu finden und bedürfen deswegen der Anerkennung als Kunstform. NRW ist Vorreiter der Kreativ- und eSports-Branche und somit ein kultureller Innovationsmotor.

Aus diesen Gründen setzen sich die NRW-Piraten für die Anerkennung und Förderung der analogen und digitalen Spielekultur ein. Zensur- und Verbotsforderungen lehnen wir entschieden ab. Der verantwortungsbewusste Umgang mit dem Medium Computerspiel soll nicht durch Verbote, sondern durch Aufklärung und Schaffung von Medienkompetenz erreicht werden. Dies gilt für Heranwachsende sowie für Eltern.

Konflikte: -

31.14 Förderung von eSport

eSport ist die Kurzbezeichnung für 'Elektronischer Sport', einer modernen Form des sportlichen Wettkampfs, die mit Computerspielen über das Internet oder auf LAN-Turnieren ausgetragen wird. Im Zuge des weltweiten Bandbreitenausbaus hat der eSport sich zu einer Breitensportart, insbesondere der Jugendkultur entwickelt. Das Land NRW nimmt mit einem der weltweit führenden Veranstalter eine tragende Rolle in dieser Sportart ein.

eSport schafft dabei ein soziales Netz für die zahlreichen, jugendlichen Konsumenten von Online-Spielen. eSport holt Jugendliche bei einer ihrer bevorzugten Freizeitaktivitäten ab und vermittelt die Werte von sportlicher Fairness und Teamgeist und lässt sie an sozialen Veranstaltungen teilnehmen, online sowie vor Ort. Außerdem ermöglicht eSport körperlich beeinträchtigten Menschen in einem Sportverein aktiv zu werden. Daher engagieren sich die NRW-Piraten für die Förderung von eSport, sowie dessen Vernetzung mit sozialen Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern und Schülern. Hierzu werden Kooperationen mit Schulen und regionalen eSport Veranstaltern angestrebt.

Konflikte: -

31.15 Modellversuch: Förder & Kulturzentren

Im Bereich der Breitenförderung gibt es in der Kulturpolitik gravierende Defizite. Angebote an Subkulturen und Jugendliche, die den kreativen Nachwuchs stellen, werden nur als Beschäftigungsangebote in sozialen Brennpunkten betrachtet. Neue Ideen gehen so häufig verloren, unbekannte Künstler bleiben unbekannt. Gerade in diesen Bereichen müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert, Möglichkeiten ausgebaut und Rahmenbedingungen für eine künstlerische Entfaltung geschaffen werden.

Die NRW-Piraten haben daher das Konzept der Förder- und Kulturzentren erarbeitet, das wir als Modellversuch umsetzen wollen. Förderzentren des Landes NRW haben den Vorteil, dass sie unabhängig von der Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen für Jedermann nutzbar sind. Die Leitung soll durch ehrenamtlichen Mitarbeiter erfolgen, die die Einrichtung im Konsensprinzip führen. Die Förderzentren sollte ein offenes Konzept nach dem Piratenvorbild sein: Es steht allen Besuchern offen. So ist auch eine Plattform zur Präsentation vorhanden. Außerdem können hier Treffpunkte zur Förderung von Interessenschwerpunkten wie etwa Hackerspaces, Vereine oder lose Interessengruppen, eingerichtet werden.

Konflikte: -

31.16 Förderung von Offenen Arbeitsstrukturen

Co-Workingspaces, sind Orte der gemeinsamen Arbeit und Vernetzung zum Vorteil der Einzelnen und der Gemeinschaft. Diese sind offene Arbeitsräume, oftmals mit Gastronomie verbunden oder auch offene Büro-WGs, welche zum Beispiel speziell für Homeworker oder Selbständige konzipiert wurden um durch gemeinsames Arbeiten und Netzwerken einen Mehrwert für jeden Einzelnen zu schaffen.

Die NRW-Piraten setzen sich für die Förderung von offenen Arbeitsstrukturen ein. Als Beispiel sind hier Konzepte wie Hackerspaces, Hallenprojekte aber auch Vereine aus dem Bereich der Freizeitgestaltung zu nennen. Eine Förderung, die primär durch die Überlassung von Räumlichkeiten aus öffentlicher oder privater Hand vonstattengeht, nutzt bereits vorhandene Mittel und verlangt daher nicht nach teuren Neuinvestitionen. Die so geschaffenen Möglichkeiten bieten ein enormes Innovationspotenzial, das sich aus der Vernetzung und der gemeinsamen Arbeit an Projekten ergibt. Das gibt dem Bürger die Möglichkeit, seine Fähigkeiten zu spezialisieren und in Zusammenarbeit mit Anderen auszubauen. So werden soziale und auch berufliche Fähigkeiten gestärkt und erweitert.

Konflikte: -

31.17 Förderung von Nischenbereichen, neuen Kunstformen und jungen Künstlern

Die Kulturpolitik dreht sich nach unserem Empfinden sehr stark um den „Mainstream“ Bereich. Gerade Künstler die nicht bekannt sind, oder abseits der anerkannten Kunstformen arbeiten, werden nicht ausreichend gefördert. Oft gibt es lediglich über Kunstvereine oder Mitgliedschaften in einschlägigen Organisationen Unterstützung. Neue Ideen gehen dabei oft verloren, da es für die Künstler nicht nur an finanziellen Möglichkeiten fehlt, sondern auch an Möglichkeiten praktisch zu arbeiten oder sich zu präsentieren. Auch sind Angebote für Subkulturen nicht ausreichend vorhanden. Gerade in diesen Bereichen müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert werden. Möglichkeiten sollen ausgebaut und somit Rahmenbedingungen für eine künstlerische Entfaltung geschaffen werden.

Die NRW-Piraten fordern deshalb einen Ausbau der Förderung neuer, größtenteils unbekannter Kunstformen und die Schaffung eines breiteren kulturellen Spektrums. Die NRW-Piraten wollen neue Möglichkeiten ins Leben rufen und Angebote ausbauen, um es jungen, unbekanntem oder aufstrebenden Künstlern zu ermöglichen, sich zu verwirklichen. Hierzu sollen die Betreuungen auf kommunaler Ebene von Seiten des Landes finanziell bezuschusst werden. Außerdem soll eine Vernetzung von Künstlern auf Landes- und Bundesebene mit Hilfe moderner Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden.

Konflikte: -

31.18 Angebote für Subkulturen

Nahezu alle Formen von Subkulturen werden zur Zeit vernachlässigt. Insbesondere im Jugendbereich neigt die bisherige Politik dazu alle in einen Topf zu stecken und Angebote auf Soziale Brennpunkte oder den Mainstream auszurichten. Die NRW-Piraten fordern eine bessere Differenzierung und ein Angebot abseits des Mainstreams. Insbesondere die Förderung von Vereinen mit Bezug zu verschiedensten Formen von (Sub-) Kultur muss ausgebaut werden. Als Beispiel sind hier Hackerspaces, Jugendzentren- und Werkstätten sowie Kultureinrichtungen, die sich an junge Musiker richten zu nennen. Aber auch losen Gemeinschaften mit einem gemeinsamen, kulturellen Interesse sollten durch die Schaffung von speziellen Angeboten gefördert werden.

Konflikte: -

31.19 Kulturelle Förderung für Konsumenten illegaler Drogen

Langjährige Konsumenten illegaler Drogen sind häufig gefangen im Kreislauf der Drogenbeschaffung, des Drogenkonsums und der Bewältigung ihres Tagesablaufs (wo bekomme ich was zu essen, wo kann ich schlafen etc.). Ein Ausbruch aus diesem Kreislauf ist ohne fremde Hilfe oft nicht möglich. Suchtberatungsstellen in den einzelnen Kommunen tragen bereits schon seit Jahren ihren Teil dazu bei, einen organisierten Tagesablauf zu ermöglichen. Sei es durch Streetworker, Szenetreffpunkte in Krankenhäusern und/oder JVs oder beispielsweise Kontaktläden, in denen es den Abhängigen ermöglicht wird warme Malzeiten zu sich zu nehmen, Hygieneeinrichtungen zu benutzen oder ihren Drogenkonsum bzw. ihre Methadontherapie unter ärztlicher Aufsicht durchzuführen.

Einige kommunale Beratungsstellen gehen noch einen Schritt weiter. Sie bieten ihrer Klientel die Möglichkeit sich am kulturellen Austausch zu beteiligen. Es werden Literatur Lesungen von und für Abhängige, mit anschließender Diskussion angeboten; ebenso können eigene Texte präsentiert werden. Des Weiteren werden Kunst Ausstellungen von Werken Abhängiger, sei es Malerei und Fotografie in den Räumen der Beratungsstellen durchgeführt. Theaterprojekte sind nur ein weiteres Spektrum. Unterstützt werden Einrichtungen zudem durch lokale Kulturvereinigungen. Der Effekt dieser Maßnahme ist unbestritten, den Abhängigen werden neue Wege aufgezeigt, das Selbstbewusstsein wird gestärkt und eine Resozialisierung wird vorangetrieben. Natürlich wäre eine Erweiterung für Einrichtungen anderer sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen denkbar und wünschenswert.

Konflikte: -

31.20 Kulturelle Förderung von Clubkultur und dem Nachtleben

Die Clubkultur und das Nachtleben tragen sich zumeist selbst aus privaten Mitteln der Betreiber. Jedoch gibt es wenige Ausnahmen, die den Auftrag haben, lokaler Musikkul-

tur etwa durch Landes- oder Kommunalmittel eine Bühne bereitzustellen, oder junge Künstler aus der Region finden in staatlich geförderten Clubs und anderen Lokalitäten einen geeigneten Rahmen sich dem Publikum zu präsentieren.

Die NRW-Piraten wollen diese Fördermaßnahmen beibehalten oder auch durch die kostengünstige Bereitstellung von öffentlichen Räumlichkeiten oder Gerätschaften, welche nicht mehr verwendet werden, erweitert fördern. Eine günstige Anbindung an den Nachtbusverkehr bietet ebenfalls eine einfache aber effektive Möglichkeit die regionale Infrastruktur im Nahverkehr effektiver auf das Club- und Nachtleben auszurichten.

Ein reichhaltiges, kulturelles Angebot steigert die Attraktivität einer Region und fördert daher auch den Tourismus dorthin. Besonders Projekte junger Leute, oder auch die aus Subkulturen sollten hier nebst der Mainstreamkultur Beachtung finden. Ebenfalls sollten Veranstaltungen, welche Musik mit freien Lizenzen wie zum Beispiel Creative Commons anbieten, hier einen Schwerpunkt bezüglich dieser Fördermaßnahmen darstellen.

Konflikte: -

31.21 Abschaffung des Tanzverbotes

Das Tanzverbot wird in NRW durch das "Gesetz über die Sonn- und Feiertage" geregelt. An den sogenannten Stillen Tagen sind in NRW fast alle Veranstaltungen die über Schank und Speisebetrieb hinaus gehen untersagt. Dies betrifft auch Sportveranstaltungen, Volksfeste, Musikalische Darbietungen, Zirkus & Artistik, Freizeitanlagen, Theater und Filmvorführungen, sowie weitere Gesellschaftliche Bereiche. Die NRW-Piraten wollen nicht, dass der Staat hier in die Freiheit des Einzelnen eingreift. Wir setzen uns dafür ein, das Tanzverbot in NRW aufzuheben.

Konflikte: -

13 Bauen und Verkehr

14.1 Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die NRW-Piraten streben eine grundlegende Änderung des in unserem Bundesland verfolgten Verkehrskonzeptes an. Durch das steigende Verkehrsaufkommen, Baustellen und Fehlplanungen kommt es zu immer längeren Staus. Diese belasten die Umwelt und kosten Zeit.

Das macht eine konsequente Fokussierung auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unumgänglich. Um die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten, wollen die NRW-Piraten sie allen Bürgern kostenlos zugänglich zu machen.

Mit dieser Maßnahme werden mehrere Ziele zugleich erreicht. Es wird ein Anreiz geschaffen, dass Auto stehen zu lassen und auf Bus und Bahn umzusteigen. Vor allem in ländlichen Gebieten wird eine verstärkte Nutzung des ÖPNV dazu führen, dass auch vormals wenig genutzte Strecken wieder sinnvoll bedient werden können.

Ebenfalls steigert ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr die Attraktivität unserer Städte für auswärtige Besucher. Davon profitieren Staat und Wirtschaft. Auch die einkommensschwachen Verkehrsteilnehmer werden finanziell deutlich entlastet.

Gleichzeitig entfallen hohe Kosten für Fahrkartenkontrolle sowie den Kauf und die Wartung von Fahrkartenautomaten. Die freiwerdenden Mitarbeiter werden zur Verbesserung von Beratung und Service eingesetzt. Wie das Vorbild der Stadt Hasselt (Belgien) zeigt, sind solche Projekte in der Praxis realisierbar. Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, in der anstehenden Legislaturperiode ein oder mehrere Pilotprojekte umzusetzen. Gut geeignet sind hierzu Städte wie Aachen, Münster oder Bielefeld, deren ÖPNV-Systeme aufgrund ihrer Insellage nicht mit anderen Großstädten vernetzt sind. Ein Zwischenschritt kann dabei die Einführung eines kostengünstigen Bürgertickets für ca. 20 Euro/Monat zur Nutzung aller ÖPNV-Angebote sein. Im Erfolgsfall soll das Konzept mittelfristig landesweit etabliert werden.

Konflikte: -